



Diskussion mit Zeitzeuginnen & Zeitzeugen

Die Dynamik der Bürgerbewegung mit Werner Schulz

■■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Diskussion mit Zeitzeuginnen & Zeitzeugen

Die Dynamik der Bürgerbewegung

Werner Schulz berichtet über seine Erfahrungen
aus dem Sommer 1989

Werner Schulz hat in der DDR gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan protestiert und wurde daraufhin von der Humboldt-Universität entlassen. Er hat Anfang der 80er Jahre den Pankower Friedenskreis und 1989 das Neue Forum mit ins Leben gerufen.

Wie hat er die Verdrichtung der oppositionellen Lage zur friedlichen Revolution im Sommer und Herbst 1989 erlebt und mitgestaltet? Wie bewertet er die Revolution im Rückblick?

Werner Schulz war Mitglied der Volkskammer und des Bundestages. Er kandidiert für Bündnis 90/Die Grünen zum Europäischen Parlament.

Moderation: Vera Lorenz, Heinrich-Böll-Stiftung

Donnerstag, 23. April 2009, 18 Uhr

Archiv Grünes Gedächtnis

Vera Lorenz: Herzlich willkommen. Werner Schulz möchte ich vorstellen, auch wenn ich denke, dass vielleicht jeder weiß, wer Werner Schulz ist. Trotzdem so viel: Als ich ihn im Vorgespräch gefragt habe, wie ich es denn machen soll, hat Werner Schulz gesagt, machen Sie es kurz und knapp, so wie bei Wikipedia. Also: Jahrgang 1950, in Zwickau geboren, zum Studium nach Berlin gekommen. An der Humboldt-Uni hat Werner Schulz Lebensmittelchemie und -technologie studiert, von 1974 bis 1980 auch an der Humboldt-Uni gearbeitet als Wissenschaftlicher Assistent. Dazwischen war er Bausoldat von 1976 bis 1978. 1980 hat ihn die Humboldt-Uni fristlos entlassen wegen seines Protestes gegen den Einmarsch der Sowjet-Armee in Afghanistan. Er ist dann nicht, wie andere Oppositionelle, Friedhofswärter geworden, sondern ist im Institut für Sekundärrohstoffe tätig gewesen. Von 1988 bis 1990 war er Leiter des Bereichs Umwelthygiene in der Kreishygieneinspektion Berlin-Lichtenberg.

Zur politischen Geschichte nur kurz, weil es auch in unserem Gespräch eine Rolle spielen wird: Anfang der 1980er Jahre gehörte er dem Pankower Friedenskreis an. Im Herbst 89 hat Werner Schulz das Neue Forum mitgegründet. Er war Abgeordneter der letzten Volkskammer und im Bundestag bis 2005. Er kandidiert jetzt für das Europaparlament und ist quasi von Pankow auf dem Weg nach Brüssel.

Ich bin Vera Lorenz. Ich bin Jahrgang 1963 und habe an der Karl-Marx-Universität in Leipzig Journalistik studiert.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen vorher diese Karte in den Händen hielt. Sie lag bei mir auf dem Küchentisch, und meine 13-jährige Tochter sagte: „Das soll ein Zeitzeuge sein? Der ist doch noch gar nicht alt!“ Meine erste Frage deswegen: Was erinnert Sie an das Bild, wie ist es zustande gekommen, und was ist die Geschichte?

Werner Schulz: Ich weiß nicht ganz genau, wo dieses Bild entstanden ist. Es könnte der Runde Tisch gewesen sein, es könnte die Zeit vom Runden Tisch gewesen sein. Es könnte aber auch eine Pressekonferenz in der Volkskammer gewesen sein oder Anfang Bundestag. Jedenfalls sah ich in der Zeit so aus. Da war der Bart noch dunkel und die Haare noch nicht grau.

Vera Lorenz: Erinnern Sie sich gern an die Zeit?

Werner Schulz: Ja, das war eine unglaublich spannende, unglaublich aufregende Zeit. Eine rasante Zeit und rasante Abfolge von Ereignissen. Es waren mit die bewegendsten Momente,

die man im Leben haben kann. Wenn plötzlich etwas in Aufruhr gerät oder ein Umbruch passiert, den man lange erhofft und sich eigentlich nicht vorstellen konnte, das war ganz schwer sinnlich zu erfassen, der berühmte Waaahnsinn mit drei a.

Vera Lorenz: Dynamik ist das Stichwort. Die Veranstaltung heißt ja auch „Die Dynamik der Bürgerbewegung“. Ich glaube, Begriffe wie Zeit und Tempo und Schnelligkeit haben im Sommer 1989 eine ganz andere Bedeutung bekommen. Das Tempo zog an. Oder wie haben Sie das in Erinnerung? Haben die 1980er Jahre ein anderes Tempo als das Jahr 1989?

Werner Schulz: Wenn man es naturwissenschaftlich erklären würde als Chemiker, würde ich sagen, diese Situation war wie eine gesättigte Lösung. Wenn Sie eine Kupfer-Vitriol-Lösung haben, dann sehen Sie zunächst eigentlich nur eine bläulich schimmernde Lösung. Wenn Sie dann plötzlich den einen Tropfen noch hinzugeben, dann flockt es überall aus. Das ist in etwa der plötzliche Effekt dieser Revolution. Es war ein Moment, wo die Verhältnisse so angespannt waren, dass die oben nicht mehr konnten und die unten nicht mehr wollten. Das sind die klassischen Revolutionsmomente. Protest und Widerstand brachen überall wie Pilze aus dem Boden wie nach einem warmen Regen. Es war ja nicht nur Leipzig oder Plauen oder Dresden, sondern wir wissen heute, dass es an sehr, sehr vielen Orten zu Demonstrationen gekommen ist. Die Abfolge der Ereignisse bis zum 9. November war enorm schnell und hat schließlich zur Bauch-über-Kopf-Vereinigung geführt.

Vera Lorenz: Hat Sie das Tempo überrascht?

Werner Schulz: Es hat einen mitgenommen, in doppelter Hinsicht. Man hat sich auf das Tempo eingelassen, natürlich, klar. Wir haben versucht, in überschaubareren Zeitabständen zu planen und sind doch der Entwicklung hinterhergehechelt. Selbst die kühnsten Vorstellungen und weitreichende Reformen waren plötzlich greifbar oder schon am nächsten Tag überholt.

Vera Lorenz: Mal ein Stück zurück in die Geschichte zum Pankower Friedenskreis. Was war das, wer gehörte dazu, wie kam es dazu? Sie waren an der Humboldt-Uni.

Werner Schulz: Also der Pankower Friedenskreis war einerseits eine bewusste Verbindung aus den Eindrücken und Erfahrungen der Charta 77 (ČSSR), also Wohnungsopposition, die es ja auch in der DDR im Prenzlauer Berg in Ostberlin oder Leipzig gab, und der Erfahrung der

Solidarnosc, also Polen, dass eine Gewerkschaftsbewegung entsteht, die den öffentlichen Raum einnimmt und sich im Schutz der katholischen Kirche bewegt und bewegen kann. Bei uns war das in Pankow das glückliche Zusammentreffen, dass mit Ruth Misselwitz eine junge Pastorin nach Pankow gekommen war und wir überlegt hatten, dass jetzt etwas passieren muss in dieser kritischen Situation der Raketenstationierung in Ost und West. Dann gab es im Oktober 1981 eine Veranstaltung in der Pankower Kirche, wo wir gemerkt haben, es gibt ja noch diesen öffentlichen Raum, wo man Veranstaltungen durchführen kann, und das ist die evangelische Kirche. Etliche von uns waren ja getauft und konfirmiert, obwohl wir mehr im eigentlichen Sinne des Wortes Protestanten waren und uns aus der Kirche entfernt hatten. Aber für diesen Zweck haben wir entdeckt, dass es in der Deutschen Demokratischen Republik mit ihren Verfechtern der Räte-Republik noch einen Rat gab, der nicht in den Händen der SED war, und das war der Gemeinde-Kirchenrat. Deswegen haben wir versucht, diesen Gemeinde-Kirchenrat zu besetzen, uns in den Gemeinde-Kirchenrat wählen lassen, einen evangelischen Kindergarten gegründet und dergleichen, damit unsere Kinder nicht dem staatlichen Erziehungsdruck ausgesetzt sind. Der Pankower Friedenskreis hat dann viele öffentliche Veranstaltungen durchgeführt im Gemeindehaus und in der Kirche. Wir haben uns Friedenskreis genannt, die Staatssicherheit hat uns unter der Rubrik OV-Virus – Operativer Vorgang Virus - eingeordnet. Eine treffende Bezeichnung. Wir waren offensichtlich eine ansteckende und akute Gefahr für das MFS.

Vera Lorenz: Was ist Wohnungsopposition?

Werner Schulz: Wohnungsopposition waren die Kreise, die sich in Ostberlin im Labyrinth der Altbauten und Hinterhöfe getroffen haben, um kritische Texte auszutauschen, zu diskutieren oder Kultur miteinander zu erleben, also das, was sich im Umfeld von Wolf Biermann, Gerd Poppe, Werner Fischer, Rainer Flügge und anderer ereignet hat.

Vera Lorenz: Und das war in Wohnungen?

Werner Schulz: Ja klar. Sie konnten ja kein Kino oder Theater mieten oder so etwas. Das fand eben nicht an den Universitäten und in den Clubs statt, sondern in den Wohnungen, mehr oder weniger im Dickicht des Prenzlauer Bergs.

Vera Lorenz: Wer ist „wir“?

Werner Schulz: „Wir“ ist eine überschaubare Anzahl von Leuten, die diese Kulturveranstaltungen oder Lesungen besucht haben oder die sich in Kirchen- oder Oppositionsgruppen getroffen haben.

Vera Lorenz: Zwanzig, fünfzig, ...?

Werner Schulz: Zunächst schon, aber es wurden immer mehr. Am Ende war es eine Zahl von schätzungsweise 3.000 Leuten, die bei den Friedenswerkstätten zusammenkamen. Erstaunt war die DDR-Öffentlichkeit im Herbst 89, dass es so viele Oppositionelle gab und dass sie an verschiedensten Stellen aktiv waren. Für mich war das nicht ganz so überraschend, weil es jährlich ab Mitte der 80er Jahre die Treffen „Frieden konkret“ gab im Rahmen der Kirche. Da trafen sich Basisgruppen, Friedensgruppen, Ökologiegruppen, Frauengruppen – was immer das Hauptthema der jeweiligen Gruppen war. Aber es waren schon etliche Leute, die relativ gut vernetzt waren, noch nicht zum Äußersten entschlossen und gar nicht irgendwie das Banner der großen Revolution vor sich her tragend, aber immerhin bereit, gegen den Strom zu schwimmen und einiges zu tun, dass sich etwas ändert in der DDR oder dass man zumindest in einen kritischen Dialog mit der SED kommt.

Vera Lorenz: Sie haben schon den Kindergarten erwähnt. Was hat es sozusagen mit Ihnen und Ihrem Alltag gemacht, im Friedenskreis zu sein? War es ein Gewinn? Hat man etwas für sich getan?

Werner Schulz: Es geht, glaube ich, um das ganzheitliche Leben, was wir heute auch in der bündnisgrünen Partei versuchen zu erklären und zu skizzieren. Es ging nicht nur darum, uns einmal in der Woche zu versammeln und politisch zu diskutieren, sondern es ging auch um ein anderes Leben, ohne aus der DDR auszusteigen, also ohne Totalverweigerer zu werden. Ich habe etliche Biografien vor Augen, die – Sie hatten es anfangs gesagt – Friedhofsgärtner oder Essensausträger wurden und für sich entschlossen hatten, aus der vermeintlich sozialistischen Menschengemeinschaft auszusteigen. Wir wollten aber innerhalb dieser Gesellschaft eine Veränderung erreichen, das bedeutete, unseren Berufen oder den jeweiligen Tätigkeiten nachzugehen und dennoch sich nicht in die Abhängigkeit des Staates zu begeben. Das war uns besonders wichtig für unsere Kinder. Sie der frühkindlichen Verbiegung im Kindergarten zu entziehen. Der Schule konnte man schlecht ausweichen, obwohl es etliche

Vorstellungen über freie Schulen gab, die dann 89/90 in die Tat umgesetzt wurden. Die Alltagsbewältigung betraf mehr als nur Veranstaltungsorganisation. Wir haben uns häufiger getroffen. Gemeinsam Feste gefeiert und uns in kritischen Situationen beraten. Daraus ist ein Freundeskreis gewachsen, der auch heute noch besteht und der sehr feste und stabile Wurzeln geschlagen hat.

Vera Lorenz: Wussten Ihre Arbeitskollegen, was Sie in Ihrer Freizeit machen?

Werner Schulz: Unterschiedlichst. Ich habe im Institut für Sekundärrohstoffwirtschaft dafür geworben. Ich habe auch Leute gefunden, die mitgekommen sind, gelegentlich zu thematischen Veranstaltungen. Der Institutsdirektor hat mich immer wieder mal vorgeladen und mich verwarnt, dass ich das sein lassen soll, weil er dann nicht mehr seine schützende Hand über mich halten könne. Aber das hat mich nicht sonderlich beeindruckt.

Vera Lorenz: Sie haben es also im Gegenteil nicht geheim gehalten?

Werner Schulz: Nein, das war für mich sehr wichtig. Ich hatte mich bewusst für diesen Friedenskreis entschieden. Ich hätte auch andere Möglichkeiten gehabt, in der Opposition zu arbeiten, doch weil ich darauf bedacht war, möglichst in einem geschützten Umfeld zu wirken und nicht gleich ins Gefängnis zu kommen, kam für mich dieser Friedenskreis infrage. Wenn man Kinder hat, überlegt man sich das sehr gut, was man tut und wie weit man geht. Es war trotzdem nicht ungefährlich, selbst in diesem evangelischen Friedenskreis. Wir hatten ja auch Verhaftungen und Zuführungen und dergleichen. Aber das, wo später beispielsweise Wolfgang Templin mit dabei war, die Initiative Frieden und Menschenrechte, die sich Mitte der 80er Jahre gegründet hat, das schien mir gefährlich oder zu gefährlich, weil es außerhalb des kirchlichen Raumes war. Wir hatten immer das Gefühl, im Rahmen der Kirche oder unter dem symbolisch schützenden Dach der Kirche relativ weit gehen zu können und viel veranstalten zu können. Man läuft nicht Gefahr, ins offene Messer zu gehen oder verhaftet zu werden. Es war allerdings auch schwierig, weil wir uns wiederum mit der Kirchenleitung auseinandersetzen mussten, weil die nicht immer das tolerieren wollten, was wir da gemacht haben. Aber wir hatten in Pankow die Mehrheit. Das hat natürlich den Superintendenten Krätschell oft in Bedrängnis gebracht, weil dann etwas ablief, was man in der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche – immerhin gab es da den Konsistorialrat Stolpe – nicht unbedingt so wollte. Es war eine permanente Doppel-Auseinandersetzung mit der

Kirchenleitung und dem Staat. Wir haben heute den Überblick, dass der Friedenskreis Pankow von 38 IMs durchdrungen war. Das ist eine Quote von etwa 1:3, IM zu Friedenskreismitgliedern.

Vera Lorenz: Sie haben jetzt mehrmals die Rolle der Kirche angesprochen. Es war ein schützendes Dach, es war ein Rahmen, der gegeben wurde, es war ein Konfliktfeld. Was lässt sich noch zum Stichwort Kirche in der DDR oder Kirche in Pankow sagen?

Werner Schulz: Es war auch eine politische Sozialisation. Ich bin ein Anhänger der These, dass es auch eine protestantische Revolution war, was sich 1989 im Oktober ereignet hat. Die Leute sind aus der Nikolaikirche aufgebrochen in Leipzig. Ich habe es am 9. Oktober in Leipzig selbst miterlebt. Es hat sich dort zugespitzt, wo die Montagsgebete, die Fürbittandachten und Friedensgebete stattfanden, die Christian Führer und Christoph Wonneberger dort anboten. In der Nikolaikirche, seit 1982. Sie waren anfangs gar nicht so stark besucht. Sie haben sich erst im Laufe der Zeit, vor allem 1989, zu solchen Massenveranstaltungen entwickelt, weil dort die Ausreiseantragsteller dazu gekommen sind. Im Unterschied zu vielen Berliner Kirchenkreisen, wo man eher ein kritisches Verhältnis zu den Ausreiseantragstellern hatte und sie abgewehrt hat mit der Begründung, sie bringen uns nichts, sie sind zwar radikal und zu allem entschlossen, sie mischen verschiedenes auf, sie haben in die Luxemburg-Demo eingemischt, das mag zwar alles sehr tapfer sein, aber es bringt uns ja nichts, weil sie nur weg wollen und im nächsten Moment weg sind. Dieses kritische Potenzial baut sich auf und dann ist es verschwunden, und der Widerstand bricht immer wieder zusammen. Und es gab ja auch leider diese Zusammenbrüche. Wir haben sie nach den Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Stasi-Überfall auf die Umwelt-Bibliothek und den Verhaftungen im Umfeld der Luxemburg-Demonstration erlebt. Danach war die Opposition deprimiert, weil man das Gefühl hatte, auf diese Weise wird der Impuls des Aufbegehrens immer wieder erstickt. Deswegen hat man die Ausreiseantragsteller in Berlin, vor allem in Friedrichsfelde, wo es auch einen wichtigen Friedenskreis gab, eher abgewehrt. In Leipzig war es so, dass Christian Führer und die Basisgruppen der Meinung waren, das sind zwar Totalverweigerer der DDR, sie wollen hier raus, weil sie insgesamt unzufrieden sind mit den Lebensumständen, aus welchen Gründen auch immer – materiell, ideell und diversen anderen Gründen – aber sie gehören zu uns, sie leiden an den gleichen Misständen wie wir. Sie würden dieses Land normalerweise nicht verlassen, könnten sie unter anderen Bedingungen hier leben. Deswegen ist unsere Kirche offen für alle, deswegen lasst uns

darüber reden: was bewegt euch, was bewegt uns? Das war die spannende Auseinandersetzung nach dem Motto: „Wir wollen raus“/„Wir bleiben hier“. Das traf zusammen und ergab eine enorme kritische Masse.

Die Sozialisation der Kirche hat dazu beigetragen, dass das friedlich verlaufen ist. Sie randalieren nicht in der Kirche. Die Stasi hat versucht, in Leipzig diese Montagsandachten durch ihre eigenen Leute zu besetzen, also die Kirche vorher zu füllen mit treuen Kampfgenossen aus den Kampfgruppen, den Parteiaktiven und der Staatssicherheit. Sie hatten sich vorgenommen, da mal ordentlich Zoff zu machen in der Kirche. Aber wenn man dann drin sitzt und die Orgel hört und der Pastor redet und dieses Beschauliche, atmosphärisch auf Ruhe und Frieden und Sanftheit Einstimmliche erlebt, dann neigt man nicht mehr dazu. Zwar haben sie vielen die Plätze weggenommen, doch der Effekt war: sie saßen drinnen und die wirklich rein wollten standen draußen und konnten sich zur Demo sammeln. Für mich ist klar: „Keine Gewalt“ - dieser Begriff, der in Leipzig die Montagsdemo bestimmt hat, ist die prägnanteste und kürzeste Zusammenfassung der Bergpredigt. Begleitet von Kerzen. Als man mit Kerzen auf die runde Ecke in Leipzig marschiert ist, dort, wo die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit war und die Tschekisten an ihren Monitoren diese Demonstration auf sich zukommen gesehen haben und auf der Basis ihrer leninistisch geschulten Revolutionstheorien natürlich dachten, jetzt wird die Tür eingetreten und jetzt werden wir aufgehängt oder jetzt werden sie Feuer legen, jetzt werden sie uns lynchen, und dann sahen sie dieses Feuer in Form von Kerzen auf sich zukommen, die auf den Treppen abgestellt wurden, da waren sie völlig fassungslos, weil sie das in ihren Instruktionen und auch in ihrem Kopf nicht hatten, dass so etwas passieren könnte, dass Konterrevolutionäre Kerzen abstellen und nicht zur Attacke übergehen. Insofern standen sie zwar Gewehr bei Fuß, aber sie waren irgendwo entwaffnet, ideologisch entwaffnet. Das ist ein interessantes Phänomen. Analog zu Karl Marx könnte man sagen: die Idee der Gewaltlosigkeit wurde zur Macht, zur Macht der Würde, als sie die Massen ergriff.

Wenn man sich anschaut, wo diese Demonstrationen losgingen, dann waren es nie Rathäuser oder Kulturhäuser, nie Universitäten, Intelligenzclubs oder Gewerkschaftsgebäude, selten Theater, sondern meist waren es Kirchen. Diese Veranstaltungen, Fürbittandachten, Mahnwachen, politische Aussprachen und die Vorstellung der neuen Oppositionsgruppen fanden in Kirchen statt, und von der Kirche aus ist man dann auf die Straße gegangen. Das hat schon etwas Protestantisches: hilf dir selbst, dann hilft dir Gott. So ähnlich muss sich Martin Luther gefühlt haben, als er sagte: „Hier stehe ich und kann nicht anders.“ Ich bin nicht gewillt, irgendwo einen Schritt zurückzugehen. Ich behaupte das, ich habe das festgestellt,

und ich mache das nicht mehr mit, diesen ganzen Zinnober, diesen ganzen verlogenen Ablasshandel. Das war sein Protest, seine Art Zeugnis abzulegen. Wir haben eine andere Art von Ablasshandel erlebt, dass man uns Lügen aufgetischt hat, die wir als absolute Wahrheiten schlucken sollten. Das hatte schon etwas Protestantisches, ohne das jetzt überzubewerten. Dass alles friedlich verlaufen ist, wäre nach Lenins Terminologie eine Revolution Neuen Typus.

Vera Lorenz: Hatten Sie Angst?

Werner Schulz: Ja. Ich hatte Angst am 9. Oktober, das Falsche gemacht zu haben. Ich hatte am 9. Oktober früh morgens damit gerechnet, dass wir verhaftet werden, weil es der letzte Moment war, wo sie die Situation noch in den Griff bekommen konnten. Denn in Berlin gab es am 7. Oktober bereits Prügelorgien auf dem Alexanderplatz. Das hing mit den Protesten zur Kommunalwahl am 7. Mai zusammen, dass an jedem 7. der nachfolgenden Monate Protestveranstaltungen stattfanden. Nun fiel das am 7. Oktober mit dem Republikfeiertag zusammen. Erich Honecker und seine Genossen hatten eine große Party im Palast der Republik mit Swing-Dance-Band und dergleichen. Michail Gorbatschow war gekommen. Draußen standen die Leute, riefen „Gorbi“ und protestierten gegen die gefälschte Kommunalwahl. Die Polizei griff ein, verprügelte die Leute, die flüchteten in die Gethsemane-Kirche im Prenzlauer Berg. Die Gethsemane-Kirche wurde daraufhin hermetisch abgeriegelt. Es kam zu brutalen Verhaftungen. Ich rechnete damit, dass nach diesen Exzessen am Montag, dem 9. Oktober richtig abgeräumt wird. Heute wissen wir, dass es Internierungslisten und -lager gab, dass alles vorbereitet war. Ich hatte früh meine Papiere und was ich so hatte, von dem ich dachte, dass man es nicht finden sollte, aus dem Haus gebracht, und sah vor dem Haus den üblichen Wartburg, den man kannte, mit zwei jungen Männern drin, die früh morgens nichts anderes zu tun hatten, als im Auto zu sitzen und Zigaretten zu rauchen. Ich ahnte, was jetzt ablaufen würde. Ich bin dann über das Hinterhaus, über die Gärten raus, um nach Leipzig zu fahren. Als ich vormittags in Leipzig ankam, sah die Stadt aus wie Wallensteins Lager, wie ein Manövergebiet und nicht wie eine Messestadt. Und dann kam mir in den Sinn: Oh Gott, du Idiot, jetzt bist du in Berlin halbwegs davon gekommen und nun gerätst du richtig in den Schlamassel. Wir alle hatten die Furcht, dass es die chinesische Lösung geben könnte. Egon Krenz hatte uns das nach seiner Rückkehr aus China deutlich gemacht, mit seinen langen Zähnen, dass er keine Beißhemmung hat, dass er die brutalen Maßnahmen der chinesischen Genossen gut verstehen konnte. Und er hat deutlich gemacht,

wenn wir das nachmachen sollten, Demokratie zu verlangen, dann werden wir erleben, dass sich die Partei das nicht gefallen lässt und mit aller Schärfe dagegen vorgehen wird.

Vera Lorenz: Was haben Sie dagegen getan?

Werner Schulz: Gegen die Angst?

Vera Lorenz: Hm.

Werner Schulz: Ja, Gott, Voraussicht. Geguckt, wo man eventuell... Leipzig ist ja so eine fantastische Stadt, die so viele Innenhöfe und dergleichen hat, wenn man sich auskennt. Ich habe mir vom Nikolaikirchhof ernsthaft angeguckt, wohin man eventuell flüchten könnte, wenn es ganz schlimm kommen sollte, denn irgendwo in den Kugelhagel zu kommen oder niedergedroschen zu werden, dazu hatte ich keine Lust. Ich war allerdings auch – wie soll ich sagen – beeindruckt, als so viele Menschen kamen und eine unüberschaubare Menschenmenge, später war von 70 000 die Rede, sich den Ring entlang wälzte. Das war unglaublich. Wobei die meisten Leute Angst hatten und eine enorme Anspannung und gespenstische Atmosphäre über der Stadt lag. Das war nicht die fröhliche Demonstration wie am 4. November auf dem Alexanderplatz, als viele ahnten, dass es in eine andere Richtung geht und die Staatsmacht nicht mehr zu Gewalt greifen würde. Das war in Leipzig auf der Kippe. Das hat man gemerkt. Da gab es keine Transparente. Es war ein kühler Tag, man hat den Atem gesehen. Die Leute haben großen Mut bewiesen dort zu demonstrieren.

Vera Lorenz: Jetzt wechseln wir mal die Stimmung. Wieso sind Sie denn nach Leipzig gekommen?

Werner Schulz: Also das war ein Zufall. Wir hatten in Berlin beim Neuen Forum damit gerechnet, dass die Ereignisse sich in Berlin zuspitzen werden, und hatten dann durch den Aufruf des Neuen Forums erlebt, dass überall in der DDR das Neue Forum gegründet wurde oder Leute dem Neuen Forum beitreten wollten. Wir hatten beim Neuen Forum nichts außer einem anderthalbseitigen Aufruf für ein Neues Forum. Das Neue Forum hatte ja ganz bewusst kein Programm. Das sollte erst in einem basisdemokratischen Prozeß entstehen. Die später gegründeten Organisationen und Parteien waren programmatisch aufgestellt. Das Neue Forum hatte mit diesem Aufruf allerdings den Nerv der Zeit getroffen. Dass es nicht so weitergehen

kann, dass darüber öffentlich geredet werden muss, was im Lande schief läuft. Dieser Unmut, dieses Nicht-mehr-mitmachen-Wollen war allenthalben spürbar. Das überwältigende Echo war: Ich möchte da mitmachen; wir wollen, dass das Neue Forum zugelassen wird. Wir beim Neuen Forum waren überfordert, diesen Ansturm zu kanalisieren, zumal klar war, dass wir an der Programmatik arbeiten müssten. Aus Leipzig gab es Signale, dass es sich dort zuspitzt. Wir hatten das im West-Fernsehen gesehen. Es war Leipziger Messe, und da konnte man sehen, wie dort ein Transparent niedergerissen wurde von der Staatssicherheit. Es gab massive Übergriffe und anschwellenden Protest. Es gab dann in der Initiativgruppe des Neuen Forums die Überlegung, dass jemand als Verbindungsmensch dahin geht. Wir hatten keine Telefone oder diese schicken Handys und Faxgeräte. Die Kommunikation lief noch per Rauchzeichen oder von Mund zu Mund. Alle zogen die Köpfe ein, niemand wollte gehen. Das war klar in dieser spannenden Situation. Bärbel Bohley fragte dann, wer denn den Dialekt da unten versteht. Darauf habe ich mich gemeldet, weil ich ja nun mal gebürtiger Sachse bin und mich auch in Leipzig gut auskenne. Von da an hat es mich nach Leipzig verschlagen.

Vera Lorenz: Auf einmal waren Ideen, die Sie im Vorbereitungskreis im Neuen Forum diskutiert haben – mehrheitsfähig ist wahrscheinlich übertrieben, aber sie haben viele Leute erfasst. Waren Sie darauf vorbereitet?

Werner Schulz: Nein, in keinsten Weise. Ich war an dem Aufruf nicht beteiligt. Der kam in Grünheide zustande. Der Aufruf ist eine Kombination aus einem Papier, was Jens Reich verfasst hat, das kannte ich, und einem anderen Papier von Rolf Henrich. Ich hielt das damals für einen der üblichen Aufrufe oder Papiere, die gemacht wurden. Die Initiative für Menschenrechte hatte schon zuvor einen solchen Aufruf gemacht. Im Grenzfall gab es entsprechende Schreiben. Aber das war plötzlich eine Sprache, die traf den Nerv. Es gibt Funken, die dann überspringen. Darauf waren wir alle nicht vorbereitet. Die Gründergruppe hatte sich erst für Dezember zum nächsten Treffen verabredet. Es hat dann dazu geführt, dass wir organisatorisch überfordert waren. Es gab unglaublich viele Reaktionen und Briefe, die heute alle im Archiv der Havemann-Stiftung sind. Diese vielen Briefe und Unterschriftenlisten, konnten wir organisatorisch kaum bewältigen, zumal wir keine Büros oder irgendwelche vergleichbaren Arbeitsmöglichkeiten hatten.

Vera Lorenz: Sie sind noch arbeiten gegangen nebenbei?

Werner Schulz: Ja, ich bin noch arbeiten gegangen. Das ist übrigens auch so eine verrückte Sache: Als ich an den Runden Tisch gekommen bin, musste ich erst einmal eine Arbeitsbefreiung erkämpfen, damit ich während meiner eigentlichen Arbeitszeit jetzt am Runden Tisch teilnehmen konnte.

Vera Lorenz: Sie haben schon davon gesprochen, dass es für Sie eine Revolution ist, nicht Wende, nicht Untergang, nicht Zusammenbruch, sondern Revolution. Warum?

Werner Schulz: Wie definiert man Revolution? Es sind radikale Umwälzungen, radikale Umbrüche. Die Entmachtung der Herrschenden. Die damalige Elite hat komplett die Macht verloren. Sie ist allerdings auf eine demokratische und gewaltlose Weise abgewählt worden. Der Hauptanspruch dieser Revolution waren freie und geheime Wahlen. Das ist etwas, was wir am Runden Tisch auch erreicht und durchgesetzt haben. Das war der entscheidende Punkt. Wir hatten im Neuen Forum eine herzhaft Diskussion mit Rolf Henrich darüber, der der Meinung war, man müsse jetzt richtig Revolution machen. Man müsse den Generalstaatsanwalt stellen bzw. diese Position besetzen, um die Verantwortlichen aus Partei und Staatsführung hinter Schloss und Riegel zu bringen. Das fand keine Mehrheit im Neuen Forum, weil die meisten gesagt haben: Um Gottes Willen, wohin soll das führen? Wir haben noch nicht einmal Büros oder Telefone, geschweige denn Waffen – der Staat war ja bis an die Zähne bewaffnet. Diese bewaffneten Organe unterstanden alle noch der Partei bzw. dem Ministerrat oder Staatsratsvorsitzenden, also den bisherigen Entscheidungsträgern. Es war sinnlos, so etwas zu tun; und hätte alles gefährdet. Ich glaube, auf so etwas hat man gewartet, auf so etwas war man eingerichtet. Wir hatten eine Versammlung beim Neuen Forum, da gab es ein Fernschreiben aus der MfS-Bezirksverwaltung Gera, wo die Genossen der Staatssicherheit den Aufruf gestartet hatten, dass man doch jetzt endlich zurückschlagen müsse, um diese Konterrevolution zu unterbinden. Das heißt, wenn es einen Anlass gegeben hätte, wenn auf unserer Seite das gewaltsame Vorgehen erkennbar gewesen wäre, dann hätte es einen anderen Verlauf der Ereignisse gegeben. Aber so ist man eben nicht auf die Barrikaden gegangen, sondern an die Runden Tische. Man hat keine Erschießungskommandos eingerichtet oder Guillotinen aufgestellt und es gab keinen Wohlfahrtsausschuss, sondern die frei gewählte Volkskammer. Das ist eine enorme Leistung, eine enorme zivilisatorische Leistung. Wenn man bedenkt, dass solche Revolutionen in der Regel gewaltsam abliefen. Das mag mancher als Fehler oder Schwäche sehen, weil die alte Elite überlebt hat. Aber die Liquidation war nie der Anspruch. Wir wussten nur zu gut, wohin

Lenins unerbittlicher Revolutionsgeist geführt hat. Die Forderung lautete nicht: Stasi in den Bau, sondern Stasi in den Tagebau. Das heißt, sie sollten resozialisiert und nicht umgebracht werden.

Vera Lorenz: Hat diese Besonnenheit etwas damit zu tun, dass es eine Revolution war, die von Leuten um die 30, also nicht von ganz jungen Leuten gemacht wurde?

Werner Schulz: Sie meinen, weil die etwas älter und besonnener sind und ihre Jugendhitze schon hinter sich haben. Ja, ich glaube, es hatte einen Einfluss, dass es vielfach 68er waren, die sich 89 in der Opposition, auf den Demonstrationen und am Runden Tisch wieder trafen. Viele von uns sind durch 68 politisiert worden. Mit 68 meine ich nicht Westberlin, sondern Prag. Uns stand Dubček näher als Dutschke. Dieser gestaute Anspruch nach demokratischen Reformen hat sich 1989 entladen. In Leipzig war ein Transparent zu sehen, wo die 68 umgedreht war zur 89 als Antwort auf 68. Das fand ich sehr symbolisch. Es entsprach meiner Empfindung.

Vera Lorenz: Wir sind ja hier im Archiv Grünes Gedächtnis. Deswegen auch die Frage nach Kontakten, Hilfe, Unterstützung durch Grüne. Gab es im Pankower Friedenskreis Kontakte zu Westberlinern oder anderen Aktiven?

Werner Schulz: Unterschiedlich. Ich hatte sicher einen falschen Eindruck von den Grünen bis 1989/90. Ich habe sie erst später näher kennengelernt. Es gab eine ganze Reihe von Grünen Menschenrechtsaktivisten, die uns unterstützt oder besucht haben, auch von der AL. Legendar ist der Besuch von Petra Kelly und Lukas Beckmann, Otto Schily und anderen, die auf dem Alexanderplatz unser Symbol „Schwerter zu Friedensscharen“ ausgebreitet haben. Es gab eine kontroverse Diskussion in den Gruppen darüber, ob das gut war oder nicht. Ich fand es in Ordnung. Andere waren der Meinung, es gehört nicht viel dazu, wenn man vom sicheren Westen kommt und eine solche einmalige Aktion unternimmt. Es provoziert und wirft uns eher zurück. Wie auch immer, wir haben von dieser Seite schon Unterstützung, vor allem moralische Unterstützung bekommen. Das Materielle war schwierig. Es musste durch die Grenze geschmuggelt werden. Aber auch das ist passiert. Heinz Suhr, unser späterer Pressesprecher der Bundestagsgruppe, hatte damals in den 80er Jahren einen Kopierer eingeschmuggelt. Auch von der AL gab es Unterstützung. Aber es gab natürlich auch Typen wie Dirk Schneider, der der Meinung war, wir würden im besseren Gesellschaftssystem leben,

wir müssten nur die Geduld haben, auszuhalten, bis die alten Kampfkommunisten abgetreten sind. Wir hätten die besseren Voraussetzungen als sozialistische Gesellschaft mit dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmittel und all dem verquastem Marxismus. Was er in politischer Ökonomie gelernt und gelesen hatte, meinte er, würde sich dann als das wahre Wunder bei uns ereignen.

Vera Lorenz: Und da gab es direkte Auseinandersetzungen und Diskussionen in einer Küche/Wohnküche drüber?

Werner Schulz: Ja, klar, aber da gab es eigentlich wenig Konsens. Mit den West-Linken konnte man sich darüber wenig verständigen, denn sie haben sich die DDR schön geguckt. Es war natürlich ein gravierender Unterschied, ob man in der DDR leben musste und sich mit dem direkt auseinandersetzen musste oder ob man das von Ferne betrachten und analysieren konnte. Dirk Schneider hatte darüber hinaus – aber das wussten wir damals leider nicht und haben es erst später erfahren – noch andere Gesprächspartner, die ihm einen Decknamen gegeben hatten.

Vera Lorenz: Noch zwei, drei Sachen, dann würde ich gerne öffnen. Sie haben vorhin angesprochen, worum es ging, worum es dem Neuen Forum zumindest ging: um demokratische Wahlen, um Demokratie. Wie konkret war denn sonst so die Vision über das, was sozusagen danach kommen sollte? Sollte etwas nach der DDR kommen, oder haben Sie – das ist jetzt nicht ironisch – ernsthaft gedacht, dass die DDR in sich zu verändern ist?

Werner Schulz: Meine persönliche Position ist immer noch etwas anderes als eine Meinung auf den Nenner zu bringen, die es in der Opposition als Gesamtmeinung auch nicht gab. Wir waren uns da nicht einig. Ich habe in der Familie die deutsche Teilung hart zu spüren bekommen, weil mein Vater aus Baden stammt. Ich habe als elfjähriger Junge den 13. August auf der westdeutschen Seite erlebt. Mein Vater war Berufsoffizier bei der Wehrmacht und hat damals intensiv überlegt, ob er überhaupt zurückgeht in die DDR. Wir waren am 13. August in einem kleinen Ort in Baden an der Bergstraße. Ich erinnere mich deswegen so gut daran, weil es das Jahr des Eichmann-Prozesses war, wo ich im Fernsehen so einen dünnen, hageren Mann in einer Glaskabine gesehen habe. Ich habe das nicht alles verstanden damals, aber die Männer um mich herum, alles alte Offiziere wie mein Vater, haben leidenschaftlich darüber diskutiert. Und ich habe als kleiner Junge gemerkt, dass es offensichtlich etwas ganz

Einschneidendes und Schwerwiegendes ist, weil sie sich massiv darüber gestritten haben. Das kann man sich ja vorstellen, diese damals üblichen Gespräche: „Aber Stalingrad hätte er nicht machen dürfen“ oder „das mit den Juden nicht, und ansonsten hätten wir den Krieg gewonnen“. Diese Diskussionen habe ich erlebt. Und plötzlich kam dieser 13. August. Ich habe das abends in einer Kneipe in Hemsbach im Fernsehen gesehen und habe gedacht, jetzt gibt es diesen Krieg, worüber die Männer gerade geredet haben. Man konnte Panzer sehen in Berlin. Ich kannte Berlin nicht und dachte, um Gottes Willen, das war's.

Und dann habe ich einen Vater erlebt, der 14 Tage außer Rand und Band war, der am Tag drei Schachteln Zigaretten geraucht hat. Wir sind dann landauf, landab gefahren. Er hat mit seinen alten Kriegskameraden gesprochen, was er denn tun sollte. Und sie haben ihm wohl alle geraten, er solle nicht zurück fahren. Nun sind wir aber doch zurückgefahren. Und das war ein so einschneidendes Erlebnis, weil die Interzonenzüge von Leipzig in den Westen und zurück rappellvoll waren. Da hat man selbst in den Gängen kaum einen Platz bekommen. Und plötzlich saß ich in einem völlig leeren Zug. Das hat mich damals schlagartig als Elfjährigen politisiert. Dann ist meine Schwester wegen Republikflucht ins Gefängnis gekommen, mein Schwager hat wegen Republikflucht acht Jahre Zuchthaus bekommen. Die Teilung habe ich sehr einschneidend und schmerzhaft erlebt. Sie ging mitten durch die Familie. Ich konnte meine Großmutter nicht mehr besuchen. Deswegen hat mich die nationale Frage sehr interessiert. Es war mir klar, wenn die DDR reformiert wird, wird als nächstes die nationale Frage stehen. Denn eine reformierte DDR mit Mauer: wie sollte das gehen? Aufmachen oder Reiseerleichterungen bzw. Reisefreiheit zu gewähren, würde das Grundproblem von 1961 wieder aufwerfen. Wir waren ja permanent damit konfrontiert. Es sind ja ständig Leute weggeblieben oder abgehauen, wie man sagte. Jede Sportgruppe wurde überwacht, der gesamte Ostblock wurde überwacht, weil die DDR-Bevölkerung unter ständigem Fluchtverdacht stand. Oft hat man es erlebt, dass in der Nachbarschaft jemand weggeblieben oder in den Westen gegangen ist. Oder ein bekannter Schauspieler tauchte plötzlich nicht mehr bei der DEFA auf, sondern spielte bei Rainer Werner Fassbinder.

Insofern war mir schon klar, dass wir dem nicht ausweichen können, aber es war nicht das erste Thema. Das wichtigste Thema war zunächst: Wie könnten die Reformschritte aussehen, wie kommen wir ein Stück weiter, dass wir uns im eigenen Land frei bewegen können, endlich frei reden können, frei organisieren können, das lesen und machen können, was wir wollen und was wichtig ist? Die Vorstellungskraft darüber hinaus, dass es diese DDR nicht mehr geben würde und stattdessen dann ein völlig freies Land, ist so nie konkret diskutiert worden. _Vielleicht waren wir blockiert, das so konkret zu diskutieren. Irgendwie hat damals

die Realität die Phantasie überholt. Es ist dann im Galopp gegangen. Wir sind den Ereignissen hinterhergehechelt, so wie alle. Auch diejenigen, die ein Ministerium für innerdeutsche Fragen hatten, hatten keine gesamtdeutschen Antworten parat, wie wir heute wissen. Auch Helmut Kohl ist vom Zehn-Punkte-Plan zur Währungsunion und dann zur Einheit Deutschlands gesprungen. Das ging alles sehr schnell. Dabei dachte ich, dass wir mithalten könnten, denn wir haben eine ganz ordentliche Verfassung am Runden Tisch entworfen. Diese Verfassung hätte auch einen sehr guten verfassungsmäßigen Weg zur deutschen Einheit hergegeben. Sie wäre kein Hindernis gewesen. Ganz im Gegenteil, heute fehlt uns eine gemeinsame Gründungslegende, die Identität stiftet. Die Einheit per Beitritt hat erhebliche Nebenwirkungen mitgebracht. Doch für uns stand die deutsche Einheit nicht an erster Stelle, sondern zunächst, dass die drei Buchstaben DDR, die bis dahin für ein Demagogisches Diktatur Regime standen – endlich Wahrheit und Wirklichkeit werden und für eine echte Deutsche Demokratische Republik stehen sollten.

Vera Lorenz: Wie haben Sie es denn empfunden, dass das Volk oder die Mehrheit der DDR-Bevölkerung mehr Tempo und Einheit sofort haben wollte? Waren Sie ein bisschen beleidigt?

Werner Schulz: Nein, ich habe den Freiheitsanspruch verstanden. Ich habe die Freude, dass man rauskommt aus der Enge, schon verstanden. Ich habe vor allen Dingen die jungen Leute verstanden, die in Prag, in Budapest in der Botschaft und in den Lagern ausgeharrt haben, um über die Grenze zu kommen. Man hat sich in der DDR mit dieser Frage immer wieder mal beschäftigt: Geht man oder bleibt man? Es ist ja nicht so, dass man völlig unberührt war. Immer wieder sind Freunde gegangen. Ich habe schmerzhaft Abschiede erlebt. Ein guter Freund von mir ist 1987 in den Westen ausgereist, wie das im DDR-Deutsch hieß. Das hat mich lange Zeit beschäftigt und schlaflose Nächte bereitet. Wir sind noch mal durch Potsdam gefahren nach Werder zur Baumblüte. Und er hat dann gesagt: „Mensch, guck dir das an! Das bricht alles zusammen. Das ist alles kaputt hier, da wird nichts passieren. Dieses Land geht bald kaputt, und du bist mit dabei, wenn es kaputt geht. Der Letzte macht nicht mehr das Licht aus, denn die Lichter werden schon vorher ausgehen. Und du wirst erleben, deine Kinder werden gehen, sie werden sagen, was sollen wir hier, das halten wir nicht länger aus. Und du wirst ein alter Mann sein und wirst in diesem Lande verkümmern, wenn du nicht endlich die Biege machst.“ Das setzt einem schon zu. Es war ja nicht falsch. Das ist schon ein großes persönliches, gesellschaftliches und politisches Glück, was sich dann ereignet hat, dass

es so gekommen ist. Ich könnte jetzt auch an einer anderen Stelle sein und wäre tatsächlich geknickt.

Vera Lorenz: Es sind nicht viele Berufspolitiker geworden wie Sie. Wie kommt es, warum haben Sie so Feuer gefangen und sind seit dem Neuen Forum Politiker?

Werner Schulz: Ich hätte unter anderen Bedingungen, wenn ich mich hätte frei entscheiden können, so etwas wie Politologie oder Jura studiert. Das kam aber für mich in der DDR nicht in Frage. Wenn ich mir Jura angeschaut habe, da musste man in der Partei sein. Und wenn ich gesehen habe, welche Art von Ungerechtigkeit und Justiz in der DDR bestand – ich habe das in dem Prozess mitbekommen, den meine Schwester über sich ergehen lassen musste bzw. mein Schwager. Dieses Unrecht, was dort vollstreckt und praktiziert worden ist, hätte ich nicht als Jurist ausüben können. Sozialistische Rechtsprechung, das hätte ich nicht gekonnt. Und einer Hirnwäsche wollte ich mich nicht unterziehen. Insofern gab es nur das Ausweichen auf Naturwissenschaft und Technik. Das war zwar auch nicht ganz unideologisch, weil wir ja alle durch das marxistisch-leninistische Grundstudium gehen mussten. Ich hatte noch an der Humboldt-Universität die Doktorandenausbildung in ML und unter Verbiegung meiner Überzeugung abgeschlossen. Das musste man mitmachen. Aber Rotlichtbestrahlung muss nicht unter die Haut gehen, dieses Licht ist ja kurzwellig. Das kann man aushalten und umgehen. Es hat den kritischen Intellekt geschult, wenn man erkennen konnte, wie weit die Realität von der Theorie der Klassiker des ML abwich. Um dann das wiederzugeben, was die Professoren hören wollten. Die Überwindung dieser Tarnung ist gemeint, wenn Vaclav Havel schrieb: „In der Wahrheit leben.“

Ich bin im Innersten jemand, der für Politik brennt und eine gewisse Leidenschaft dafür hat. Ansonsten hätte ich mich auch nicht für die Politik entschieden 1989. Ich habe ja meinen Beruf aufgegeben. Heute würde ich ansonst wahrscheinlich das Umweltamt in Lichtenberg leiten. Das wäre wahrscheinlich dann auf mich zugekommen. Ich war ja in der Umwelthygieneinspektion in Lichtenberg beschäftigt. Aber mir schien die Politik viel wichtiger und spannender. Man musste zu dieser Zeit auch Flagge zeigen. Es war ein Sprung ins kalte Wasser ohne Absicherung und erkennbares Ufer. Ich habe auch immer wieder kämpfen müssen in der Partei. Das ist nie so glatt gelaufen. Aber ich habe gemerkt, dass dies eigentlich meine innere Leidenschaft ist. Ich habe immer darunter gelitten, einen Beruf zu haben, den ich eigentlich nur mit halber Kraft und halber Lust ausgeübt habe. Ich weiß nicht, ob man das verstehen

kann. Es gibt Dinge, wo man gar nicht merkt, dass man arbeitet, sondern wo man im Grunde genommen so stark angetrieben wird und Lust hat, dass man sich reinkniet in so eine Sache. Und es gibt diese bezahlten Tätigkeiten, wo man auf die Uhr guckt und keine Minute zu viel davon verbringen möchte. Bei Politik ist es bei mir so, dass sie mein Denken und mein Fühlen beherrscht. Da ist mehr Berufung als Beruf.

Vera Lorenz: 20 Jahre Wende. Christoph Becker-Schaum hat es am Anfang gesagt, allerorten wird gerade erinnert. Die Art der Erinnerung ist natürlich sehr unterschiedlich, je nachdem, wer befragt wird oder wer Fragen stellt. Mögen Sie es, dass man Sie danach fragt, wie es früher war, oder wie geht es Ihnen dabei?

Werner Schulz: Ich mache das eigentlich ganz gern. Es kommt natürlich darauf an, in welchen Zusammenhängen. Mit manchen muss man sich streiten, weil sie ein anderes Bild von dem haben, was früher war. Das ist übrigens auch sehr aufschlussreich, welche Verdrängungsleistungen manche heutzutage fertig bringen. Bei den jüngeren Leuten, der nachwachsenden Generation ist es wichtig, das zu vermitteln und zu verdeutlichen, was die DDR wirklich war. Das ist nicht einfach. Doch unsere Zukunft entscheidet sich auch im Streit um die Vergangenheit. Deswegen gehört das Rekapitulieren mit zur Politikvermittlung: was 1989 passiert ist, wie man es einordnet, was davor war und wie es dazu gekommen ist, welche Lehren man aus dieser Zeit, aus der zweiten Diktatur auf deutschem Boden im vergangenen Jahrhundert gezogen hat und was es uns heute noch angeht.

Vera Lorenz: Vielen Dank bis hierher. Jetzt sind Sie dran.

Frau aus Publikum: Jetzt kommen nach zwanzig Jahren aus allen Löchern die ehemaligen Eliten und erzählen uns, wie schön doch die DDR gewesen ist und dass man jetzt eigentlich tüchtig gegensteuern müsste. Aber irgendwie verläuft das meines Erachtens im Sande. Wir machen überall Veranstaltungen und überall erobern sie die Podien und erklären uns, was alles falsch gemacht worden ist. Wie geht man damit um?

Mann aus Publikum: Es ist in der ersten Hälfte der 1990er Jahre deutlich geworden, dass auch in der evangelischen Kirche ein deutlicher Riss vorhanden war, dass also besonders eine größere Anzahl von führenden Leuten in der Kirche der Parteauffassung gewesen ist, dass Christentum und Sozialismus irgendwie vereinbar oder identifizierbar wären. Ein

größerer Teil der führenden Leute in der Kirche hat sich auch voll für den Sozialismus eingesetzt. Es ist deutlich geworden, dass auch die Stasi ihre Finger bis in die Kirchenleitung hinein ausstrecken konnte. Ist das jetzt in Ihren Erlebnissen in der Kirche nicht deutlich geworden, dass es da irgendwie einen Riss gab, dass es aber auch Widerstände der Kirche gegeben hat, dass die evangelische Kirche ihre schützende Hand über die Oppositionsgruppen, über die Friedenskreise und die DDR-Gegner gehalten hat und dass hier praktisch ein ziemlich sicherer Unterschlupf für sie gewesen ist? Ich hätte mir denken können, dass es eigentlich auch innerhalb der Kirche aufgrund der Hinwendung zum Sozialismus auch Widerstände gegeben hat in der Kirche dagegen, Sie zu schützen und die schützende Hand über Sie auszubreiten.

Mann aus Publikum: *Weil es jetzt ein Jubiläum ist, ist es vielleicht auch fair, immer zu sagen, wo man herkommt. Ich komme aus dem ehemaligen Westberlin, und vor diesem Hintergrund stelle ich auch die Frage an den Politiker Werner Schulz. Vielleicht ist es eine blöde Frage nach dem „Was wäre wenn“. Der Runde Tisch wurde angesprochen und auch die ausgearbeitete Verfassung derjenigen, die wie Sie damals an diesen Fragen dran waren. Beim Jubiläum darf man es vielleicht mal fragen: Was wäre denn gewesen, wenn die Verfassung dieses Land anders geeint hätte als über den Anschluss an das Grundgesetz? Vielleicht mal eine Skizze aus der Sicht von jemandem, der dort mitgearbeitet hat. Die Verhältnisse sind ja einen anderen politischen Weg gegangen.*

Werner Schulz: Es gibt gewiss außerordentlich schwierige Zeitzeugen, die man heutzutage in diesen Podiumsdiskussionen erlebt, ohne Zweifel. Sie werden mitunter aus medialen Gründen geholt, weil sie einen Namen haben, weil man eine hohe Einschaltquote wünscht und erwartet bzw. weil sie als Systemstützen von damals die Diskussion polarisieren. Das ist sehr schwierig. Mich hat das auch immer wieder gestört, wenn jemand wie Markus Wolf in den Talkshows saß und zynischerweise uns die Geheimnisse der russischen Küche präsentierte ohne ein Wort über sein Mysterium, „Memphis“ und seine Schandtaten zu verlieren. Die hat er nun alle mit ins Grab genommen. Oder Edgar Most, der ehemalige Staatsbanker der DDR, der jetzt gefragt wird, wie man denn eine Staatsbank leitet, als ob er demnächst die Hypo Real Estate übernehme. Ich warte nur darauf, dass Schalck-Golodkowski wieder auftaucht, weil es demnächst wieder um Devisenbeschaffung geht, um die Bundesrepublik aus der Schuldenmisere zu befreien. Dieser lockere Umgang mit einer vertrackten Vergangenheit ist schon übel. Andererseits ist es auch wiederum ergiebig, wenn

Leute wie Schabowski bereit sind, ihr Wirken kritisch zu reflektieren. Wir erfahren dadurch, dass das Chaos nicht auf den Straßen, sondern im Politbüro herrschte. Er gibt sich Mühe, diese Zeit aufzuarbeiten. Er geht hart mit sich selbst ins Gericht. Man sieht es ihm auch äußerlich an, unter welchen Schmerzen er diese Erkenntnisse zu Papier bringt. Ich weiß nicht, ob das nun restlos ehrlich ist. Viele basteln heute an einer Rechtfertigungsphilosophie, um noch so halbwegs sauber raus zu kommen. Auch das mag der Fall sein. Auch er hat bisher nicht alle Lebenslügen aufgelöst, die uns der Kommunismus hinterlassen hat. Aber er ist bemüht dazu beizutragen.

Andererseits erlebe ich auch andere. Ich habe unlängst eine Diskussion gehabt, bei der es um das Leseland DDR ging. Da saß der letzte Chef, der Verlagsleiter vom Aufbauverlag auf dem Podium. Elmar Faber, er war der letzte Chef vom Aufbauverlag, und er hat – welche zynische Einstellung solche Leute nach wie vor haben! – auf den Vorwurf, dass es so viele Autoren in der DDR gegeben hat, die nicht verlegt worden sind, diese verschwundene Bibliothek, die Ines Geipel momentan herausbringt, gesagt: „Das ist doch gang und gäbe, das macht doch jeder Verlag. Wir haben doch so viele Manuskripte bekommen. Wir haben eben nur das gedruckt haben, was wirklich gut war.“ Er könnte doch nicht alles drucken und diese ganzen talentlosen Leute, die sich heutzutage aufspielen, wo ist denn deren literarische Qualität? Unglaublich! Es ist unglaublich, diese Diffamierung selbst im Nachklapp.

Frau aus Publikum: Wer hält dagegen?

Werner Schulz: Das Problem ist, solche Runden gibt es viele. Da ärgert man sich als Fernsehzuschauer, weil man nicht eingreifen kann und den Stuss über sich ergehen lassen muss oder nur abschalten kann. Das ist ja auch der Dreh von Gregor Gysi. Dieses eloquente kleine Männchen, das diese schwierigen Bälle furios jongliert, und alle applaudieren: Nein, kann das Kerlchen das gut, der ist ja so gut wie ein Westler, ein Profi in unserer Mediengesellschaft. Und sie merken es gar nicht, wie sie verschaukelt werden. Es ist nicht einfach. Man muss dort, wo man die Chance hat, dazwischenzugehen, wo man mit einsteigen kann in die Diskussion, diese Gelegenheit nutzen. Ich staune, dass es noch nie provokative Unterbrechungen gegeben hat. Ich habe es bisher nur von der anderen Seite gehört, dass sie in Hohenschönhausen aufgekreuzt sind in Kompaniestärke als ehemalige MFS-Angehörige und behauptet haben, dass der Untersuchungsknast ein Sanatorium war. Dass sich in Hohenschönhausen niemand je beschwert hätte über schlechte Behandlung, das Essen, die

kostenlose Unterbringung und dergleichen. Da wird die Vergangenheit noch mal vergewaltigt.

Die andere Sache, die Kirche – klar, wir haben das schon mitbekommen, dass es auch andere Kirchenvertreter gab als die, die sich mit dem System angelegt haben. Es gab die Vertreter von Kirche im Sozialismus. Aber man muss denen auch gerecht werden. Das waren nicht überzeugte Sozialisten in dem Sinne: Das Himmelreich auf Erden und der Kommunismus sind identisch und die Rückführung ins Paradies. Es gab sicher auch fromme Christen, die im Gleichheitsanspruch der Menschen den Kommunisten sehr entgegengekommen sind, also das kommende Gute im Kommunismus gesehen haben. Er war ja auch lange Zeit eine Ersatzreligion. Aber die meisten haben eher versucht, sich zu arrangieren, nach dem Motto, es geht nicht anders. Wir sind in diesem Staat gefangen, was sollen wir tun? Dennoch war die Kirche der einzige noch verbliebene Freiheitsraum. Ich habe viele Pastoren und Theologen kennengelernt, die ein sehr kritisches Verhältnis zu diesem Staat hatten. Es gibt viele, die Theologie studiert haben, weil sie nicht Politologie oder Philosophie studieren wollten. Und etliche von ihnen sind dann doch in die Politik gegangen und heute noch aktiv. Das zeigt, dass sie eher verhinderte Politiker waren als Theologen.

Bei der katholischen Kirche hat es das so nicht gegeben. Die katholische Kirche war eigentlich sehr brav und angepasst. Die sind erst alle wie katholische Schläfer aus den Nischen gekommen, als 1989 die Situation nicht mehr gefährlich und günstig war. Da sind sie aufgetaucht und offenbar auch auf Empfehlung aus dem Vatikan, sich jetzt einzumischen, in den revolutionären Prozess eingestiegen. Es war überwiegend – nun war der Osten eher evangelisch-protestantisch – die evangelische Kirche, von der die Erhebung ausging. Nicht ohne Widersprüche. Da gibt es z.B. den exemplarischen Fall des Konsistorialrats Stolpe. Dazu gab es extra einen Untersuchungsausschuss, wie weit er sich mit der Stasi eingelassen hat und wie weit er die Oppositionsgruppen geblendet, verführt, beschwichtigt und abgelenkt hat. Das hat es alles gegeben. Aber im Endeffekt ist der Aufbruch aus der Kirche gekommen. Das ist einfach Fakt.

Zur dritten Frage, wie es zum Verfassungsprozess hätte kommen können. Ab einer bestimmten Zeit war uns sonnenklar, dass die „Sonne schön wie nie über Deutschland scheint“, wie es in unserer Nationalhymne hieß, die nicht mehr gesungen werden durfte, und dass man die deutsche Einheit gestalten muss. Wir haben deswegen im Verfassungsentwurf am Runden Tisch vor allem den Weg favorisiert, über Artikel 146 Grundgesetz zu gehen. Der Streit war damals zwischen Artikel 23, also Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, oder Artikel 146 (dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tag, an dem sich das

Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung eine Verfassung gibt). Wir haben ja streng genommen heute noch keine Verfassung, sondern immer noch ein Grundgesetz. Wir haben zwar ein Verfassungsgericht, das müsste eigentlich Grundgesetzgericht heißen, aber das klingt nicht gut. Aber wir haben streng genommen keine Verfassung. Diese kann nur der Souverän beschließen. Unsere Vorstellung war, dass es zu einer verfassunggebenden Versammlung kommen sollte, zu einer Bundesversammlung, die dann den Verfassungsentwurf für eine Volksabstimmung vorgelegt hätte.

Wir wollten, dass die Verfassung des Runden Tisches noch für die DDR angenommen wird. So war es am Runden Tisch vereinbart. Es war das Vermächtnis des Runden Tisches. Wir haben den Verfassungsentwurf auch in die Volkskammer eingebracht. Wir wollten, dass er im Verfassungsausschuss diskutiert wird, dass die Volkskammer den überarbeiteten Entwurf verabschiedet und zur Diskussion stellt in der Bevölkerung, dass eventuelle Veränderungen, Anregungen und sonstige Präzisierungen noch mit aufgenommen werden können, dass der Entwurf noch mal überarbeitet wird und dass der überarbeitete Entwurf am 17. Juni 1990 der DDR-Bevölkerung zur Volksabstimmung vorgelegt wird. Auf der Grundlage dieser Verfassung und des Grundgesetzes sollte eine gemeinsame deutsche Verfassung entstehen. Der Anspruch war nicht, dass man halbe-halbe oder so etwas macht. Wir haben uns auch sehr stark am Grundgesetz orientiert. Wir haben die modernen europäischen Verfassungen ausgewertet, haben von der amerikanischen Verfassung bis zur spanischen, die auch erst Ende der 1970er Jahre geschrieben wurde, alles angeschaut, fanden aber, dass man sich schon am Grundgesetz orientieren kann, dass es eine gute Verfassung ist. Wir haben einige Dinge mehr aufgenommen und eingebracht: Staatszielbestimmungen, Recht auf Arbeit, das Selbstauflösungsrecht des Bundestages, was bisher immer über verschwiemelte Vertrauensfragen gemacht wurde, die Direktwahl des Bundespräsidenten, damit er endlich aus der Klemme dieser Parteinominierungen herauskommt, und manches mehr.

Ich glaube, das wäre der bessere Weg zur deutschen Einheit gewesen. Er wäre auch nicht langsamer gewesen. Er hätte genauso schnell gehen können, denn das war alles vorbereitet. Wir hätten damit eine gemeinsame Gründungslegende, etwas mehr Identität als das momentan der Fall ist. Es wäre klar gewesen, dass der Regierungssitz und der Parlamentssitz Berlin ist. Wir hätten nicht diese heikle Situation gehabt, dass erst 1991 die Entscheidung getroffen wurde, ob denn nun Berlin oder Bonn der Sitz der Regierung und des Parlaments ist. Im Übrigen ist es nur mit 15 oder 16 Stimmen entschieden worden. Hätte es Bündnis 90 und, was man fairerweise sagen muss, die PDS nicht gegeben, wäre es bei dieser Abstimmung bei Bonn geblieben. Das hätte nachhaltige negative Auswirkungen bis heute

gehabt. Wir waren auch der Meinung, dass nicht der 3. Oktober der Nationalfeiertag sein sollte, sondern der 9. November, aus verschiedenen historischen Gründen, als nationaler Gedenk- und Feiertag, unserem Nationalcharakter und der Nationalgeschichte entsprechend. Wir wollten auch eine andere Hymne haben. Wir wollten, dass Brecht und Beethoven zusammenkommen, der Bonner und der Berliner. Das klingt heute scherzhaft. Aber wir waren ernsthaft der Meinung, wenn das deutsche Volk eine neue Hymne singen muss, dann müssen wir gemeinsam etwas Neues machen, also ein neues Lied einstudieren, wobei die Melodie vertraut gewesen wäre, denn „Freude schöner Götter Funken“ – die Europäer haben diese Hymne freigegeben, weil Europa keine Hymne hat – war bis 1960 die Hymne der gemeinsamen Olympiamannschaft. Das heißt, es war schon einmal eine deutsche Nationalhymne. Es wäre also kein Novum gewesen. 1960 in Rom wurde, wenn die deutsche Flagge hochging – die dort auch keinen Hammer-Zirkel-Ährenkranz hatte, sondern sie war nur schwarz-rot-gold – und man hatte eine gemeinsame Mannschaft, „Freude schöner Götter Funken“ gespielt. Dazu passt der Text von Brechts Kinderhymne. Das wäre besser gewesen als das, was wir heute haben. Denn heute haben wir eine Situation – wer es mal erlebt hat, dem läuft es kalt über den Rücken –, wo die Neue Rechte mit der Reichskriegsflagge bewaffnet am Völkerschlachtdenkmal oder am Brandenburger Tor die erste Strophe singt, die nicht Nationalhymne ist, sondern nur die dritte. Das ist schon eine fatale Situation. Das hätte man vermeiden können, noch dazu, wenn man selbst davon geprägt war, dass wir am Ende unsere Nationalhymne ja auch nicht mehr gesungen haben, weil der Text nicht mehr gewollt war, obwohl er gut war.

Das mögen jetzt marginale Dinge sein, aber es gibt einiges, was man hätte anders machen können, und es wäre vor allem auch in Westdeutschland ein erfahrbarer Neubeginn gewesen. Ich habe manchmal gedacht bei der Fußball-Weltmeisterschaft, wenn man jetzt diese gemeinsame Hymne singen würde, wäre das ein ganz anderer Eindruck von Deutschland. Dann hätte alles zusammengepasst. Der unvorhergesehene Partyotismus und die Musik. Nicht mehr diese martialische Musik. Allein, wenn man historische Bilder aus der Wochenschau präsentiert bekommt, mischt sich das mit anderen Eindrücken. Das hätten wir bereinigen können. Das alles ist leider nicht geschehen, aber das waren unsere Vorstellungen. Der große Historiker Helmut Kohl hatte andere und hat den Todestag von Franz-Josef Strauß, den 3. Oktober, zum Einigungstag gemacht.

Vera Lorenz: Jetzt ist die Diskussion um die deutsche Verfassung noch einmal kurz aufgeflammt. Wird sie sich ein bisschen halten? Kann man da noch einmal reingehen und

sagen, das waren die Vorstellungen, und es wäre gut, über eine gemeinsame andere deutsche Verfassung zu diskutieren? Oder ist der Zug schon wieder abgefahren?

Werner Schulz: Ich würde es mir wünschen, ich wäre auch jederzeit gerne dabei, aber ich kann es mir schwer vorstellen. Ich sehe diese verfassunggebenden Mehrheiten oder verfassungsändernden Mehrheiten nicht. Man hat es ja bisher vermieden. Der Hauptgrund dafür war und ist – das hat mir Wolfgang Schäuble mal gesagt –, dass man keine Volksabstimmungen haben will. Man will keine direkte Demokratie, also keine plebiszitären Elemente, obwohl die Verfassung das ausdrücklich vorsieht. Artikel 20 besagt, dass die Macht, die Staatsgewalt vom Volk ausgeht und dass das Volk diese in Abstimmungen und Wahlen ausübt. Wahlen haben wir, Abstimmungen stehen noch aus. Den Artikel 146 gibt es auch immer noch. Noch immer besteht die Verpflichtung, dass wir uns irgendwann mal in freier Entscheidung eine Verfassung geben. Aber Wolfgang Schäuble sagte, in diesem ganzen Tumult, diesen turbulenten Ereignissen, noch eine Verfassung ändern, das hätte uns im Westen die Mehrheiten gekostet. Andererseits räumt er ein, wenn die Volkskammer das ausdrücklich gewollt hätte, dann hätte man sich dem im Westen schwer widersetzen können. Seiner Meinung nach war das eine große Gefahr. Sie wollten in jedem Falle die deutsche Einheit. Dazu war man fest entschlossen, weil man gesehen hat, das ist der einzigartige Moment, der nicht noch mal kommen wird. Das Zeitfenster schien begrenzt, und man hielt es für kleiner, als es in Wirklichkeit war. Aber wenn die Volkskammer mit einem eindeutigen Signal und dem eindeutigen politischen Willen, „wir wollen das so machen“, gekommen wäre, dann hätte der Westen zähneknirschend mitgemacht. Er hätte sich nicht verweigern können, weil in dieser Hinsicht eindeutige Aussagen und Verpflichtungen bestanden. Denn der Artikel 146 Grundgesetz war und ist eigentlich für diese historische Situation gedacht. Und all die Sonntagsreden, die am 17. Juni immer gehalten worden sind auf die Wiedervereinigung und das ungeteilte Berlin, konnte man nicht so einfach wegwischen. Dass der Osten gar keine Ansprüche gestellt hat, wie das ablaufen soll, das ist eigentlich das Peinliche für uns gewesen. Das ist auch das Niederschmetternde, dass der Ministerpräsident Lothar de Maizière unter Druck stand. Wenn man seine Regierungserklärung sich heute noch einmal anschaut – auch damals habe ich es in der Volkskammer so verstanden –, dann hat er davon gesprochen, wann die Einheit sein sollte. Zumindest wollte er noch eine gemeinsame olympische Mannschaft in Barcelona haben. Das waren ja noch ein paar Jährchen hin. Das heißt, er hat sich einen wesentlich längeren Zeitraum für die Vereinigung der beiden Staaten vorgestellt. Er wollte das geordnet machen und die Sache solide unter Dach und Fach bringen.

Dass es dann ganz schnell ging, war darauf zurückzuführen, dass er unter unglaublichem Druck vom Wolfgangsee zurückkam. Dort hatte man dem zweiten Geiger offensichtlich die Partitur vorgelegt.

Mann aus Publikum: *Ich habe eine Frage zum Zeitfenster. Die friedliche Revolution hat 1989 angefangen. Sie haben schon einiges angesprochen. Ich denke, sie hat viel früher angefangen, 1976 oder so. Ich habe es kennengelernt über das Thema Blues-Messen, die damals gerade in den Kirchen sehr engagiert stattfanden. Ich weiß auch gar nicht, ob sie schon aufgehört hat, die friedliche Revolution, gerade wenn Sie jetzt beschreiben, was damals noch nicht zu Ende gemacht worden ist. Wie ist das für Sie? Wann ist die friedliche Revolution im Sinne vom Vollzug der Wiedervereinigung abgeschlossen? Ich kenne viele, die in Deutschland gerade über das Thema Verfassung diskutieren und auch darüber, wie eigentlich zwei Völker miteinander verschmelzen sollten. Wenn dann im Archiv so gesprochen wird, als wäre es ein Zeitfenster, das anfing und endete, dann geht für mich das Gespräch in die falsche Richtung. Es fing viel früher an, und ob es überhaupt aufgehört hat, ist für mich ein großes Fragezeichen.*

Mann aus Publikum: *Ich werde immer wieder mit der Frage konfrontiert, was wollte die Opposition. Ich versuche dann zunächst einmal deutlich zu machen, dass es die Opposition bereits vor 1989 so nicht gab, obwohl sie sich typologisch nach außen viel ähnlicher war. Sie war bereits damals sehr verschieden und wurde erst im Herbst 1989 von Monat zu Monat untereinander sichtbar. In dieser Verschiedenheit gab es eine Mehrheit, die mit der zentralen Entscheidung und Konsequenz freier Wahlen eine Dimension andeutete, die diese ganzen Rückfragen, ob sie vielleicht doch nur die alte DDR reformieren, verbessern und auf ihrer eigenen Grundlage renovieren wollten, ad absurdum führen. Wer sich so weit entscheidet – und dieses Bewusstsein kann man denjenigen, die das wollten, zubilligen –, freie Wahlen anzustreben und in den Mittelpunkt zu rücken – sie haben den Runden Tisch ja nicht als Übergangsregierung gehabt, sondern als einen Übergang zu diesen freien Wahlen –, und wer diese Entscheidung trifft, der stellt seine eigene politische Identität, die verschiedene von uns verschieden hatten, natürlich zur Disposition. So naiv, dass wir annahmen, mit freien Wahlen würde sich eine Option von den zahlreichen, die wir bereits unter uns erkennen konnten, als einen historischen Vorsprung durchzusetzen, waren wir nicht. Das trennte uns ganz entschieden von den SED-Reformern, selbst wenn sie sich immer in unsere Nähe schieben wollten. Die meinten ja, eine modifizierte oder etwas aufgelockerte Dominanz der eigenen*

Seite oder Partei aufrechterhalten zu können. Bei uns war klar, es würden sich sehr schnell konservative und liberale Kräfte in verschiedener Weise formieren, und es würde eine Konkurrenz dieser Optionen geben, denen sich derjenige, der noch andere Positionen vertrat, dann aussetzen musste. Nicht das Ob, sondern das Wie der Einheit stand bei uns zur Disposition. Die Vorstellung, die wir allerdings teilten, war, dass sich diese Auseinandersetzung und die Konsequenz dessen, was es geben soll, zunächst einmal als Prozess auf dem Gebiet, was nun mal die DDR umschloss, abspielen. Wenn wir dann von DDR und von Veränderungen sprachen, dann hatte es mit diesem Reformdenken im Sinne von „jetzt renovieren und aufbauen“ nichts zu tun, sondern schloss einigermaßen grundlegende Veränderungen ein, die auch Richtung Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie gehen konnten. Nur das wäre ein Prozess, der selbst in kürzerer Zeit zu einer Begegnung auf stärkerer Augenhöhe geführt hätte.

Nun aber zu meiner Frage: Wenn ich die Situation bis zum Runden Tisch nehme und dann die Ergebnisse vom März: Gab es für dich in der Runden-Tisch-Situation, so kurz und atemlos sie war, nicht doch einige fatale kapitale Fehler von unserer Seite, die zu dem ganz starken Herunterrutschen, zu diesem Absturz zwischen uns führten? Es gab ja mal die Option, alte gegen neue Kräfte und neue gegen alte Kräfte. Das war ja im März überhaupt nicht mehr so.

Frau aus Publikum: *Können Sie etwas zur Rolle der Sowjetunion bei dem Ganzen sagen? Es hat doch schon angefangen, als es die Sowjetunion noch gab oder als Gorbatschow die DDR gebraucht hat. Mich würde etwas mehr der internationale Zusammenhang interessieren.*

Werner Schulz: Diese Revolution hat einen sehr langen Vorlauf und sie hat auch lange Nachwirkungen. Die eigentliche Revolution findet schon 89/90 statt. Da wird das System gesprengt und die anderen Ostblockstaaten ebenfalls. Das pflanzte sich im Domino-Effekt fort – friedliche Revolution, samtene Revolution, singende Revolution, alles gewaltlose Revolutionen, bis auf Rumänien. Sie haben uns damals gesagt, sie hätten reinen Tisch gemacht und nicht „Runden“. Da hat die Securitate kräftig mitgemischt. Da ging es härter zur Sache, aber auch nicht allzu lang. Das waren kurze, gewaltsame, nicht ganz klar überschaubare Ereignisse in Rumänien. Aber ansonsten gab es einen sehr langen Vorlauf. Eigentlich hat es diesem Staat von Anfang an an demokratischer Legitimation gefehlt. Den ersten Volksaufstand gab es am 17. Juni 1953. Es gehörte in gewisser Weise zur Tragik unserer Generation, dass wir zu diesen Leuten wenig Kontakt hatten, dass wir wenige kannten, dass wir lange Zeit auch in dem Glauben waren, wie Brecht das gesagt hat, dass es

eine Revolution mit Januskopf war. Schon eine demokratische Revolution und doch noch faschistischer Putsch. Irgendwie hatten wir das alle so in der Schule gelernt und haben erst viel später begriffen, dass es ein Volksaufstand war an vielen Stellen in der DDR. Heute wissen wir, an über 700 Orten in der DDR. Ich habe vor einiger Zeit einen Schmalfilm gesehen, den man in Leipzig auf einem Dachboden gefunden hat. Dort kann man den Demonstrationzug am 17. Juni in Leipzig sehen. Man ist im ersten Moment nicht in der Lage, zu sagen, ob das 1989 oder 1953 ist. Die Bilder sind ähnlich, weil es sich vor der Kulisse des Leipziger Hauptbahnhofes abspielt. Der hatte sich in der Zeitspanne nicht verändert. Es gab kaum Altbausanierung. Die Menschen, die dort vorbeiziehen, vermitteln einem das Gefühl, als wäre der Demonstrationzug stehen geblieben und 1989 weiter gelaufen. Die Probleme hatten sich ja nicht gelöst, sondern komprimiert. Es gab immer wieder Widerstand, es gab immer wieder Opposition. Ungarn, Polen, Tschechien. Es gab immer wieder Ansätze, das System zu verändern. Das alles hat sich verdichtet auf den Kulminationspunkt 89.

Diese Auswirkungen von 1989 erleben wir noch immer. Es hat die EU-Erweiterung gegeben. Wir haben damit zu tun, das Ganze handlungsfähig zu machen. Wir hatten die europäische Verfassungsdebatte. Es gibt nach wie vor immer noch die Frage der Ausgestaltung der inneren Einheit. Ich finde, es wäre ein toller Beitrag zur inneren Einheit, wenn wir endlich den Mut aufbrächten, uns eine Verfassung zu geben und all diese Diskrepanzen zwischen Ost und West, die wir erleben, und die unterschiedlichen Geschichtswahrnehmungen zu verarbeiten. Das Ganze ist noch nicht verdaut, das geht weiter.

Zur nächsten Frage, klar haben wir Fehler gemacht. Darüber, dass zum Beispiel die Unterlagen der HVA vernichtet worden sind, bin ich heute noch entsetzt, dass das laufen konnte und es niemand so richtig gemerkt hat. Wir wollten, dass die Staatssicherheit als eine verbrecherische Organisation eingeschätzt wird. Es wäre auch vernünftig gewesen, das zu tun. Heute können sie praktisch ihre Rentenansprüche ganz normal herausklagen. Da wird dann verglichen, was man beispielsweise beim Verfassungsschutz verdient hätte, als ob es das Gleiche wäre.

Wir haben auch einen großen Fehler gemacht, was die Wahl anbelangt, denn wir haben mit dem Begriff Bündnis 90 etwas eingeführt, was niemand kannte. Heute ist das ein Begriff, der steht und mit dem man etwas anfangen kann. Aber damals zur Volkskammerwahl waren die Leute nicht in der Lage, das so schnell zu schnallen, was wir in Berlin zusammengebracht haben. Für uns war es ein Erfolg, endlich die Reste der Opposition zu vereinen. Ein Teil war bereits bei der SPD, der andere Teil beim Demokratischen Aufbau und die Reste der

Opposition – also Demokratie Jetzt, Neues Forum und IFM – sind zu Bündnis 90 zusammengekommen. Aber auf dem Wahlzettel konnte kaum jemand etwas mit Bündnis 90 anfangen. Andererseits wollte man unter dem tragenden Begriff des Neuen Forums nicht antreten, weil die anderen ihren Namen nicht aufgeben wollten. Es waren schwierige Diskussionen, wir waren sehr mit uns beschäftigt, ohne zu überlegen, was das für Auswirkungen hat.

Es hat nicht im erforderlichen Maße die Delegitimierung der SED stattgefunden. Das war auch ein großer Fehler. Es ist nicht klar geworden, dass die SED, dass die Partei die Verantwortung für den Staatsbankrott und all die Zustände im Land hatte und nicht die Krake Staatssicherheit. Die Partei hatte alles in der Hand. Die Verfügungsgewalt ging immer von Funktionären aus, von oben, vom Politbüro bis runter zum Parteisekretär im Betrieb. Nicht der Betriebsleiter hatte das Sagen, sondern der Parteisekretär. Das wusste jeder in der DDR, dass die Parteigenossen die Macht über das Land hatten. Und die sind weitgehend ungeschoren davongekommen. Kaum jemand von denen musste sich verantworten. Die haben sich ins Fäustchen gelacht, als die kleinen IMs hochgingen und am Pranger standen. Das ist ein bändefüllendes Thema. Aber die Stasispitzel waren die kleineren Schufte im Verhältnis zu den Parteikadern. Modrow ist es gelungen, die Stasi als Sündenböcke zu opfern, um von den Verbrechen der Partei abzulenken.

Zur Sowjetunion, das wird überschätzt für meine Begriffe. Gorbatschow wird eine unglaublich gute Rolle zugeschrieben. Natürlich hat er Reformen versucht, in der Sowjetunion, weil er gemerkt hat, so kann es nicht mehr weiter gehen. Das Land war in einer extremen Krise durch die Hochrüstungspolitik, es gab extreme Versorgungsengpässe, man musste Gold gegen Weizen tauschen, um die Leute zu ernähren. Und das in einem Land, das eine prächtige Landwirtschaft haben könnte. Gorbatschow wollte das ändern. Er war der erste, der nicht die stalinistische Ära erlebt und mit Blut an den Händen den Parteivorsitz übernommen hatte. Er konnte, weil ihn Andropow eingeführt hatte, relativ unbeschwert, abgesichert durch den KGB, versuchen, Reformen einzuleiten. Er hatte zunächst kein richtiges Konzept. Der Anspruch war erst einmal Öffentlichkeit und Diskussion, aber je mehr er Öffentlichkeit zugelassen hat, desto mehr ist es ihm aus den Händen geglitten. Die Perestroika als Umbauprogramm war immer gedacht als „wir bauen diesen Sozialismus um, damit er weiter bestehen bleiben kann“. Was Gorbatschow deutlich gemerkt hat, war, dass die Sowjetunion nicht mehr die Kraft hatte, all ihre Satelliten zu halten. Deswegen sollten sie Spielraum bekommen. Allerdings war nicht geplant, dass sie die Grenze zum Westen aufmachen. Es gibt ein interessantes Gespräch zwischen Gorbatschow und Weizsäcker 1986,

wo Weizsäcker fragt, wie es denn in der deutschen Frage mal weitergehen wird. „Ja“, sagt Gorbatschow, „wenn wir das europäische Haus eines Tages gebaut haben im nächsten Jahrhundert, werden wir die Trennwände verschieben können.“ Also wolkige Ansagen, wie das irgendwie passieren sollte. Es verbreitete sich die Vorstellung, in diesem gorbatschowschen Europa-Haus werde es sich besser leben lassen als im sozialistischen Lager, aber seine Rolle wird überschätzt.

Es hat Unmut und Protest in der DDR ausgelöst, als die Zeitschrift Sputnik verboten wurde und als die sowjetischen Filme wie „Abschied von Matjora“ und „Die Kommissarin“ nicht gezeigt werden konnten. Das hat auch etliche Genossen geärgert, weil sie der Meinung waren, es kann nicht sein, dass jetzt sogar die sowjetischen Publikationen und Filme verboten werden. Aber der Protest hielt sich in Grenzen. Ich habe es in den Jugendclubs, beim Oktoberclub oder im Haus der jungen Talente erlebt, das war nicht überwältigend, so dass es den Staat umgehauen hätte, was da an Protest kam. Trotzdem war das ungewöhnlich. Es rumorte in den Parteiversammlungen. Man wollte über Perestroika reden. Im Politbüro gab es Kräfte wie Schabowski, denen klar war, dass Honecker weg muss, denn der schnallt es nicht mehr, und wir müssen sehen, dass wir das wieder in Griff bekommen.

Aber es ist auch interessant, heute zu hören – ich weiß allerdings nicht, ob es ehrlich ist, was Schabowski sagt, aber ich kann es mir vorstellen – er sagt: Uns war die eigene Existenzbedrohung klar, als die Ungarn die Grenze aufgemacht haben und wir keinen Einfluss mehr darauf hatten, dass das Grenzregime gehalten und wieder dichtgemacht wird. Die DDR hat sehr viel Geld dafür ausgegeben, dass das gesamte sozialistische Lager hermetisch abgeriegelt wurde. Es war weniger das Problem der Ungarn, ob da jemand in den Westen geht oder nicht, weil in Ungarn die Verhältnisse etwas liberaler waren. Dort konnte man, sofern man Westgeld hatte, auch ins westliche Ausland reisen. Für Ungarn war das kein Problem, weil seine Staatsbürger schon allein wegen ihrer Sprache nicht im Ausland blieben. Insofern hat die Staatssicherheit in all diesen Ländern kräftig dafür gesorgt, dass die Grenze hermetisch abgeriegelt wurde. Schabowski sagt, es ist ihm und anderen wie Krenz bewusst geworden, wenn wir jetzt keinen Einfluss mehr haben und wenn die Russen das freigeben, dann haben wir eigentlich nur noch eine Chance, um an der Macht zu bleiben, indem wir uns mit der Bundesrepublik arrangieren, indem wir den Übergang zur Bundesrepublik verhandeln. Sein Denken ging zwar noch schwammig in Richtung Konföderation, aber es stand unter der Strategieformel, wir leiten das ein und bleiben an der Macht. Wenn es dann zu einer Konföderation kommt und zu einer gemeinsamen Regierung, dann ist das eine Regierung aus den politisch Verantwortlichen der Bundesrepublik und der SED-Führung. Das war in groben

Zügen das Konzept, dass den SED-Strategen vorschwebte. Eine nationale Perestroika unter Selbsterhalt der SED. Man hätte dann nicht nur die Grenzanlagen abgebaut und einen Milliardenkredit eingesammelt, sondern auch Reisefreiheiten gewährt, gesamtdeutsche Institutionen gebildet. Immer paritätisch, also ein Teil West und ein Teil SED. Andeutungen befinden sich im SED-SPD-Papier, das von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der Grundwertekommission der SPD vorgelegt wurde. So hatte man sich die langsame Konvergenz vorgestellt. Zum Beispiel eine gemeinsame Universität. So sollte das entwickelt werden. Aber Gorbatschow wollte den Laden schon zusammenhalten, er wollte bloß, dass es etwas liberaler und etwas freier wird. Aber dass er durch seine Lockerungen das Ganze preisgibt, war ihm nicht bewusst. Das ist über ihn gekommen.

Vera Lorenz: Womit wir wieder beim Thema wären, die Dynamik der Bürgerbewegung oder Dynamik der Entwicklung. Eine Runde machen wir noch.

Mann aus Publikum: Ich habe mich zu der Frage gemeldet, wie können sie heute die DDR wieder hochleben lassen. Ich möchte noch mal ein bisschen in meiner Vergangenheit zurückgehen. Ich bin in einer Familie aufgewachsen, die eigentlich politisch vollkommen auf den Westen fixiert war. Ich habe oft Gespräche gehört und meinen Opa gefragt, warum er denn nicht rüberzieht, da hätte er doch mehr Rente. Nein, hat er gesagt, da drüben könne man nicht leben. Das war 1958. Er war mit der DDR nicht zufrieden usw. Ich dachte, irgendwas stimmt da nicht. Wir hatten einen Fernseher, da konnte man West-Fernsehen gucken. Mein Vater – Strauß war sein bester Kumpel – konnte einen richtig mit der Sache nerven. Ich sagte, „Guck doch mal das richtige West-Fernsehen! Dann müsstest du eigentlich auch erkennen, dass das da drüben auch nicht gerade das ist, was wir eigentlich wollen.“ Das ist auch heute noch mein politischer Ansatz, dass ich sage, eigentlich sind wir noch lange nicht fertig. Wir müssen das noch weiter machen. Wir können nicht einfach stehen bleiben und sagen, wir haben jetzt Freiheit und Demokratie, wir können reisen und können dies und jenes. Aber wenn man mal genauer hinschaut, ist es das auch nicht. Seit 1995 geht man immer weiter zurück ins 17., 18. und 19. Jahrhundert. Man ist schon längst wieder bei der Inquisition teilweise, wenn man Schäuble und andere Leute betrachtet. Das merken die Leute im Osten wahrscheinlich noch viel eher als diejenigen im Westen. Und jetzt sagen sie sich: Was soll denn das da? Das ist es doch auch nicht gewesen. Eigentlich haben wir in der DDR doch ganz gut gelebt, es war ja ganz in Ordnung, wir hatten alles, wir konnten auch alles, wir

haben keinen Kitt aus dem Fenster fressen müssen ... Man muss einfach mal versuchen, zu verstehen, warum das so ist. ...

Frau aus Publikum: *Meine Frage knüpft genau an. Die Mauer ist gefallen, aber die Welt ist überhaupt nicht perfekt. Kriege ohne Ende, Hunger, Finanzkrise, Korruptionen, schwarze Konten und so weiter. Und wir haben wie damals nichts zu sagen und nichts zu bestimmen. Meine Frage an Sie: Wie erreichen wir die gerechte Welt?*

Mann aus Publikum: *Als Musiker muss ich natürlich bestätigen, was Sie sagen. Wir brauchen eine neue Hymne. Brecht ist natürlich der ideale Vorschlag gewesen vom Text her. Es liegen viele machbare Vorschläge vor. Sie sagten in Ihrer Zwischenmoderation, es gebe so wenige Berufspolitiker. Ich habe es selbst drei Jahre praktiziert in der vorpommerschen Provinz. Aber dort brauchten Sie Lobby. Aber wir – ich sympathisiere auch heute noch mit der CDU, auch wenn ich nie Mitglied war – haben es nicht geschafft. Wir sind nicht in diese Lobby reingekommen. Ich müsste jetzt Frau Merkel nennen als das negativste Beispiel, die diese Lobbyverbindung eingegangen ist. Wenn Sie das nicht hatten, waren Sie nach drei, vier Jahren erledigt, zumindest im provinziellen Sektor. Es sind dadurch sehr wenige. Man hat lieber gesagt, man bleibt bei der Arbeit, die man noch hatte, wenn man sie denn noch hatte, und ist dann nicht in die Politik gegangen.*

Jetzt komme ich auf die Frage, da waren Sie heute schon zwei, drei Mal. Sind Sie nicht unwahrscheinlich enttäuscht – Sie haben vorhin das prozentuale Verhältnis von 1:3 genannt, was die Durchsetzung der Gemeindegemeinderäte betraf? Ich persönlich bin sehr entsetzt darüber, weil wir als Provinz das gerade besonders gespürt haben, wenn von 7 Mitgliedern mindestens zwei aus dem Gemeindegemeinderat IMs waren oder sogar noch einen Schritt weiter. Sie haben das prägnanteste Beispiel mit Stolpe ja genannt. Sind Sie nicht maßlos enttäuscht, weil Sie ja gerade das Protestantische genannt haben? Das ist doch eigentlich eine Erschütterung, dass es so viele gab, die ganz schnell aus ihrer etwas sozialistischen Denkungsweise schnell umgeschwenkt sind, und das nicht sehr spät, sondern schon Mitte der 80er Jahre, als die Opposition auch im Lande schon sehr weit war. Da müssen Sie doch enttäuscht sein, heute erst recht, wo Sie auch teilweise die Namen kennen.

Christoph Becker-Schaum: *Ich würde ganz gerne noch einmal das aufgreifen, was uns am Anfang als der Einstieg erschien – nicht die langen 80er Jahre, sondern als es zur Kommunalwahl am 7. Mai kam und wir überlegt haben, was ist für uns das symbolische Bild.*

Da haben wir dieses genommen, weil da so viele Leute drauf sind, die den ganzen Tag da herumstehen und beobachten, diese große Zahl von Beobachtern. Wir haben in Leipzig festgestellt, dass fast alle Wahllokale beobachtet worden sind. Es war in der Größenordnung von etwa 170. Vielleicht war auch jeder dritte von denen ein Stasi, das weiß ich ja nicht, aber dann komme ich auf 1.000. Es braucht einen enormen Aufwand, so etwas zu organisieren. Das ging sozusagen von null auf hundert. Dass so ein Sprung, so eine Kontrolle möglich ist in diesem Mai, das ist etwas, was für mich sehr schwer nachvollziehbar ist. Wie kann es sein, dass man das so früh organisieren konnte?

Werner Schulz: Die schwierigste Frage zuerst, die nach der besseren Welt. Das ist eine Sache, an der wir alle interessiert sind und uns dafür einsetzen, jedenfalls viele, die ich kenne. Der Vorteil dieser Gesellschaft, in der wir leben, ist, dass wir das können, dass wir dafür kämpfen können und dass es Organisationen und Gruppen gibt, viele Nicht-Regierungs-Organisationen, die sich an unterschiedlichsten Stellen zum Teil partiell mit einem Thema oder mehreren Anliegen für eine Verbesserung der Welt einsetzen. Sie können auch politisch heutzutage in diesem Land etwas tun. Sie können in Parteien mitarbeiten. Die sind alle bedürftig, dass sie neue, kritische Mitglieder bekommen. Sie können in entsprechenden Organisationen mitarbeiten. Ich weiß nicht, ob das Ideal zu erreichen ist, dass es die gerechte Welt gibt, denn das setzt den idealen Menschen voraus. Wir werden wohl immer damit leben müssen, dass es Verfehlungen gibt, dass es Egoismen gibt und dass man das in Schach halten und regulieren muss, dass man einen Ausgleich hinbekommt und dergleichen mehr. Aber ich bin so unzufrieden nicht mit der Entwicklung, wie sie läuft. Wenn man betrachtet, wie sich diese Europäische Union entwickelt hat, und das sage ich immer denjenigen, denen das auf den Keks geht und die finden, dass das alles viel zu viel Bürokratie ist. Ich habe unlängst, weil ich mich damit beschäftigte, in welches Europa ich jetzt komme und welche Politik ich mache, die Gräber meiner Vorfahren besucht, die im ersten Weltkrieg gefallen sind. Wenn ich mir überlege, wie damals Interessenkonflikte in Europa ausgetragen worden sind, dann können wir uns heute wirklich glücklich schätzen, dass das nur Verhandlungsrunden sind, wo am Ende zerknirschte und ermüdete Politiker früh morgens rauskommen und einen faulen Kompromiss präsentieren. Das ist doch allemal viel mehr wert, als dass wir wieder übereinander herfallen würden in Europa. Und das ist so lang nicht her! Hundert Jahre zurück hatte dieses Europa 1909 noch Frieden und sich in einem ewigen Frieden gewöhnt. Wenige Jahre später ist ein verheerender Krieg ausgebrochen und dann gleich noch mal. Danach haben wir den Kalten Krieg erlebt. Das sind alles Phasen gewesen, die so lang nicht

zurückliegen und die sehr brutal und tragisch waren. Natürlich gibt es all das, was Sie gesagt haben, diese Missstände. Aber das Gute ist, sie werden angesprochen. Wir haben eine kritische Presse, wir haben Öffentlichkeit. Solche Sachen kommen ans Tageslicht und wir setzen uns damit auseinander und ziehen Konsequenzen daraus. Das ist ein ewiger Kampf. Verfassungen bekommt man nie als Garantie für die Ewigkeit, sondern man muss sich immer wieder dafür einsetzen, dass sie erhalten bleiben. Das ist, glaube ich, der beste Verfassungsschutz, den es gibt, wenn wir uns als mündige Bürger darum kümmern, dass unsere Rechte nicht abgebaut, sondern erweitert werden.

Frau aus Publikum: Sie haben Recht! In Europa herrscht Frieden, aber dafür machen wir die Kriege woanders! Warum nicht Frieden auf der ganzen Welt? Können wir nicht sagen, wir werden alle Waffen abschaffen und alle Probleme werden nur noch friedlich gelöst? Wenn hier in Europa Frieden möglich ist, warum nicht auf der ganzen Welt?

Werner Schulz: Das ist eine Frage, die sich durch 2.000 Jahre Weltliteratur wälzt und vermutlich nie ganz ideal gelöst werden kann.

Ich will auf die Frage nach der Enttäuschung wegen der IMs eingehen. Natürlich hat das auch Enttäuschung hinterlassen, weil man es von bestimmten Leuten nicht erwartet hat. Ich bin auch über die Dichte dieser Bespitzelung entsetzt. Ich hatte geglaubt, das sei nicht ganz so schlimm. Ich habe immer gedacht, dass die Stasi davon profitiert, wenn wir alle Angst haben, dass sie überall sein könnte, ein Mythos, den sie bewusst schüren, damit wir uns gegenseitig verdächtigen, als eine perverse Zersetzungsstrategie. Wir hatten am Anfang des Pankower Friedenskreises dazu eine sehr interessante Auseinandersetzung, wo wir zu einer Formel gefunden haben, dass wir uns untereinander nicht verdächtigen werden, dass wir offen diese Arbeit machen, dass wir offen damit umgehen. Denn wenn wir anfangen, zu sagen, „Wo war der gestern? Der war doch draußen. Komisch, wie der reagiert und was er für eine blöde Frage gestellt hat“, dann fangen wir an, bewegungsunfähig zu werden, weil wir untereinander Misstrauen haben. Aber wir sind offen damit umgegangen.

Das für mich Frappierende ist, dass diese IMs uns zwar bespitzelt haben, aber sie haben sehr fleißig mitmachen müssen. Sie waren eigentlich die Aktivsten im Friedenskreis, denn sie hatten immer Zeit, sie waren immer da, auf sie war Verlass. Sie haben Butterbrote geschmiert und Kaffee gekocht und dieses und jenes. Natürlich, sie mussten ja praktisch, um berichten zu können, auch überall dabei sein und möglichst unauffällig sein. Das heißt, sie mussten widerwillig auch unsere Arbeit erledigen. Klar, sie mussten sich verstellen. Sie konnten nicht

sagen, mir ist die Wachsmatrize kaputt gegangen, sondern nein, sie haben natürlich dieses blöde Papier, das sie eigentlich hätten bekämpfen müssen, hundertmal abgezogen und haben danach geschrieben, was sie wieder für ein schlimmes Papier in den Händen hatten. Das ist eine ambivalente Geschichte. Es gibt durchaus einige, die auch im Kopf verändert worden sind. Sie haben menschlichen Kontakt gefunden. Es waren ja nicht alle Charakterschweine. Da gibt es schon interessante Phänomene. Wir hatten beispielsweise den hochinteressanten Fall von Knut Wollenberger, dem Mann von Vera Wollenberger, heute Vera Lengsfeld. Er war kein einfacher IM, sondern ein herausgehobener. Er war einer der wenigen, die wussten, wer die anderen IMs im Friedenskreis sind. Er hatte die Aufgabe, ihre Berichte zu verifizieren. Ein spezielles Kontrollsystem. Um das anschaulich zu machen: Wenn diese Veranstaltung hier zum Beispiel jetzt der Friedenskreis wäre, wären ungefähr sechs, sieben Leute hier, die heute einen Bericht schreiben würden, was ich gesagt habe und was hier diskutiert worden ist, wer sich gemeldet hat und welche Fragen gestellt worden sind. Sie haben dann sieben Berichte vorliegen, die natürlich nicht deckungsgleich sind. Sie haben einen Bericht, der sagt gar nichts, da haben Sie das Gefühl, da werden Sie verschaukelt, der Bericht bringt Ihnen überhaupt keine Information von dieser Veranstaltung. Dann gibt es zwei, die präzise und ganz genau sind. Dann gibt es einen, der maßlos übertreibt. Der schreibt dann rein, „die haben sich heute Abend schon warm gemacht, um demnächst etwas zu veranstalten“. Dieser besondere IM, der selbst dabei war, kann sich nun ein Bild machen, wer die zwei, drei wirklich zuverlässigen IMs sind. Die beiden, die mir solche Larifari-Berichte geschrieben haben, mit denen muss man noch mal reden, die wollen nicht richtig arbeiten, die drücken sich. Und hier ist ein Aufschneider, der versucht, die Sache hoch zu schäumen, um sich interessant zu machen, oder er hat einen Sprung in der Schüssel. Das hat die Stasi auf diese Art und Weise noch einmal selektiert. Wir haben mit Knut Wollenberger dann ein interessantes Gespräch gehabt, bei dem er uns gesagt hat: „Was wollt ihr von mir? Ich war der IM im Friedenskreis, und war der IM des Friedenskreises bei der Stasi. Denn ich habe bei der Stasi darauf Einfluss genommen, dass sie euch nicht so hart anfassen.“ Das ist natürlich nicht einfach zu beweisen. Dann hat er gesagt: „Wem von euch ist denn etwas passiert? Wer von euch saß im Knast, wer ist verhaftet worden? Wer hat wirkliche Repressalien erlitten?“ Gut, so direkt hat das niemand von uns. Wir sind zwar überwacht worden, aber niemand ist längere Zeit im Gefängnis gewesen und dergleichen. Und er sagte: „Dafür habe ich mich eingesetzt. Ich habe immer gesagt, die sind wichtig, mit denen muss man reden, die muss man ernst nehmen, die wollen was verändern. Wir haben darüber kritisch diskutiert bei der Stasi.“ Ich kann das nicht verifizieren. Ich traue ihm das zu. Natürlich nicht, um dem Friedenskreis zu

nützen, sondern um die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erhalten, um zu sagen, wir müssen solche Leute einbinden, wir können sie nicht nur bekämpfen. Er ist ein anderer Typus von Tschekist. Das ist nicht mehr der Mielke, der sagt, diese Schweine muss man an die Wand stellen. Der hat nur das gemacht, was er im spanischen Bürgerkrieg gelernt hat, also Trozisten liquidieren, was Stalin vorgegeben hat. Die subtilere Linie der jüngeren Tschekisten war: Wie kann man sie einbinden? Wie kann man sie nützlich machen für die Gesellschaft? Sie sind noch nicht verloren für uns, sie sind nicht zum Äußersten bereit, vielleicht können wir etwas gründen wie die Freidenker, wo man sie unterbringen kann. Das ist vorstellbar. Es ist immer schwierig, weil man nicht weiß, wie ehrlich solche Aussagen sind. Es können auch Rechtfertigungsversuche sein.

Zur letzten Frage, wie ist das von null auf hundert gegangen. Es ist mit das Erstaunlichste, würde ich sagen. Es deutete sich an, dass man die Kommunalwahl boykottieren will. Es gab Aufrufe zum Wahlboykott, und es gab dann die Überlegung, diese Wahlen zu kontrollieren und zu beobachten und zum ersten Mal nachzuzählen, ob denn die 99,9 % Wahlbeteiligung und 99,8 % Zustimmung wirklich wahr sind. Was eigentlich nie jemand geglaubt hat. Es gab die Erwartung, weil es über 300.000 Ausreiseanträge gab und an so einem Ausreiseantrag mindestens zwei, drei wahlberechtigte Personen hingen, dass eine gute halbe Million entweder nicht zur Wahl geht oder eine Gegenstimme abgibt. Viele von uns sind in diese Wahlversammlungen oder Wahlveranstaltungen – das kann man gar nicht so sagen, es waren mehr Informationsveranstaltungen der Nationalen Front – gegangen und haben aufgeklärt, wie man überhaupt eine Gegenstimme abgibt. Das wussten die wenigsten. Viele dachten, wenn man hinget und den Zettel durchstreicht, sei das die Gegenstimme, oder „nein“ drauf schreiben. Das war aber nicht der Fall. Es war so raffiniert ausgelegt, dass man diese Blockwahl, diese 50 Leute in einem Block, jeden Einzelnen, peinlichst genau durchstreichen musste. Wenn man nur einen Namen durchgestrichen hat, hat man trotzdem die Kandidaten der Nationalen Front im Block gewählt. Als Nein-Stimme galt nur, wenn man 50 Mal fein säuberlich praktisch jeden Namen durchgestrichen hat. Damit wollte verhindern, dass dies jemand tut, denn wer macht das schon. Allein der Gang in die Wahlkabine war in früheren Zeiten eine Geste von zivilem Ungehorsam. Man ist sofort registriert worden. Wer entsprechend abhängig war, der ist am nächsten Arbeitstag in seinem Betrieb verhört worden, „Sportsfreund, was ist mit dir? Hast du etwas gegen unseren Staat? Wir sind der Auffassung, da stimmt etwas nicht bei dir.“ Je nachdem, wie erpressbar man war, hatte das einschneidende Folgen. Wenn man Gabelstaplerfahrer war, hatte man vielleicht nichts zu befürchten, weil solche Arbeitskräfte schwer ersetzbar waren. Aber alle anderen haben sich eigentlich

gedrückt, so etwas zu tun. Es gibt auch die Berichte von den harten, spitzen Bleistiften, die dort lagen. Wenn man zum Durchstreichen angesetzt hat, war man überrascht, weil man mit diesem Bleistift gar nichts durchstreichen konnte und sonder eher das Papier zerrissen hat. Man musste einen unglaublich komplizierten Akt vollziehen, um eine Gegenstimme abzugeben. Das haben wir thematisiert. Da bekamen die schon große Ohren in den Wahlveranstaltungen. Dann kam zunehmend Stasi dazu. Sie haben eine Konzeption zur Abwehr dieser gegnerischen Attacke entwickelt, weil sie gemerkt haben, da ist was im Busch und die Opposition will die Kommunalwahl für sich nutzen oder wollen sie kontrollieren. Wir haben es auch nicht geschafft, alle Wahllokale zu kontrollieren. Normalerweise waren die Auszählungen öffentlich, doch dann strömten gleich 50 Stasi-Leute oder Partei- bzw. Kampfgruppenleute rein und die drei, die von uns kontrollieren wollten, sind gar nicht mehr zum Zuge gekommen.

Aber unser Vorhaben hatte sich in der Zeit von Januar bis Mai doch ziemlich weit herumgesprochen, und es ist interessant, wie kreativ das dann überall gehandhabt worden ist. Das ist dann unorganisiert vor Ort passiert. Zwei, drei, die sich überlegt haben, das ist eine tolle Idee, das machen wir, haben andere mit hinzugezogen, dann kamen die Basisgruppen. Es gibt eine Dokumentation über diese Kommunalwahl. Es sind relativ viele Ergebnisse zusammengetragen worden, die ein relevantes Bild ergeben haben über die Fälschung dieser Kommunalwahl. Das war der Auftakt für das, was dann im Herbst passiert ist, zumal dann auch permanent Demonstrationen wegen dieser Wahlfälschung stattfanden.

Das waren gerade in Berlin hoch spannende Angelegenheiten. Ich habe beispielsweise eine davon erlebt, das muss man sich mal vorstellen. Wir haben am 7. Juni 1989, also im ersten folgenden Monat auf den 7. Mai, versucht, eine Protestdemonstration vom Konsistorium der evangelischen Kirche in der neuen Grünstraße, das war im Mauerbereich, dort, wo das Springer-Hochhaus heute steht, zum Staatsratsgebäude zu organisieren. Die Leute, die sich dort getroffen haben, sind von 960 Stasi-Kräften abgeschirmt worden. Es waren ungefähr 120 Leute auf diesem Gelände, und dann wurden sie abgeriegelt. Ich bin an der Klosterstraße aus der U-Bahn ausgestiegen, wollte zum Konsistorium und bin schon nicht mehr aus dem U-Bahn-Schacht gekommen, weil oben alles abgesperrt war. Es wurde gesagt, hier wird eine polizeiliche Maßnahme durchgeführt und man darf weder raus noch rein. Wir hatten aber für diesen Fall, weil wir damit gerechnet haben, dass die Aktion möglicherweise auffliegt, eine Ersatzvariante ausgedacht. Nämlich, dass wir uns dann in der Sophienkirche in der großen Hamburger Straße treffen. Dort haben sich etwa 300 Leute getroffen. Es gab zunächst eine Diskussion mit den Pfarrern Passauer und Hülsemann, ob man denn jetzt von hier aus noch

einmal eine Demonstration startet. Die Pastoren waren beschwichtigend. Kein Stress, möglichst jetzt nicht anecken, sondern wir wählen hier eine Delegation, welche die Petition überreicht, aber keine Demonstration. Nach dem Motto: Leute, habt Geduld und seid vernünftig! Aber das war nicht mehr zu bremsen. Jedenfalls waren die meisten wild entschlossen, die Demonstration zu machen. Wir hatten auch eine Urne vorbereitet „Hier liegt die Demokratie begraben“, eine schwarze Wahlurne. Wir sind dann mit dem Ding raus auf die Straße. Wir waren kaum draußen auf der Straße, als wir auf eine Polizei- und Stasi-Sperre stießen. Mittlerweile waren sie nachgerückt und hatten das gesamte Scheunenviertel abgesperrt. Daraufhin gingen etwa hundert Leute von uns in den Sitzstreik auf der großen Hamburger Straße. Passauer und andere versuchten, mit dem Polizeioffizier zu verhandeln, ob wir doch vielleicht eine kleine Delegation zum Staatsratsgebäude schicken könnten. Während er noch in Verhandlungen war, griff die Stasi zu in brutalster Art. Sie haben die Leute an den Haaren über das Pflaster geschleift zu den bereit stehenden Mannschaftswagen. Diejenigen, die noch in der Kirche waren, haben sich sofort zurückgezogen. Viele konnten sich nicht in die Kirche retten. Dann liefen Verhandlungen, wie das weitergeht. Die Stasi traute sich natürlich nicht, das Kirchengelände zu räumen. Das war für sie offensichtlich eine heikle Angelegenheit. Aber sie wollten uns schon alle in Gewahrsam nehmen. Wir haben dann verhandelt, dass wir frei abziehen können. Etwa um 22 Uhr durften wir die Sophienkirche verlassen. Die Bedingung war: einzeln. Unsere Bedingung war, ohne Feststellung der Personalien oder erkennungsdienstliche Maßnahmen. Wir mussten dann einzeln durch ein Spalier von höhnisch grinsenden Stasi-Leuten durch die Hamburger Straße laufen. Mir ist es eiskalt den Rücken heruntergelaufen. Jeder, der weiß, was dort war – da war das jüdische Altersheim und dort fanden die Deportationen statt, dort war der Sammelpunkt für die Berliner Juden, die abtransportiert worden sind. Ich habe, als ich da lang gelaufen bin, noch zu einem jungen Stasi-Typen gesagt, „Ihr wisst gar nicht, was ihr hier macht und wo ihr hier seid.“ Er meinte, „Halt die Schnauze, sonst bist du gleich woanders.“ Das hat mich so schockiert, dass diese jungen 20- und 30-jährigen Tschekisten nicht so viel Skrupel und Geschichtsbewusstsein hatten und dass sie ihre Übergriffe in dieser Straße wagten. Unglaublich!

Vera Lorenz: Das ist jetzt nicht wirklich ein Schlusswort, aber ich schlage trotzdem vor, dass wir an diesem Punkt Schluss machen.